

Bezugpreis: Vierteljahr, 12,50 Mk., monatlich 4,30 Mk. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die abgegebene Anzeigenliste ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Sonnabend, den 24. Januar 1920. Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Sechsstundenschicht ist Volkssperelendung.

Recht, nicht Rache!

Zum anmaßenden Ton der Weltbeherrscher, mit schroffen Worten und harter Begründung haben die Nachbarn der Entente ...

Es geschieht das in einer Note, die am Freitag mittig in Paris übergeben worden ist. Die entscheidenden Sätze lauten: Die Regierung Ihrer Majestät hat als in erster Linie zu ...

Die holländische Regierung steht den Ursachen des Krieges völlig fern und hat ihre Neutralität nicht ohne Schwierigkeiten bis zum Ende gewahrt. Sie steht deshalb hinsichtlich der Kriegstaten ...

auf einem völlig anderen Standpunkt als die alliierten Mächte. Sie weist jeden Verdacht, die Verletzung der wesentlichen Grundzüge der Solidarität der Nationen ...

Aber sie kann keine internationale Verpflichtung darin entdecken, daß sie sich dem Akt der hohen, internationalen Position der Mächte anschließen soll. Wenn künftig durch den Völkerverbund eine internationale Jurisdiktion geschaffen sein wird, welche im Falle eines Krieges befugt ist, über Taten zu urteilen, die als Vergehen bezeichnet werden und die durch eine den Tatsachen vorausgehende Befehlsgebung mit Strafen belegt werden, wird es Sache der Niederlande sein, sich dieser Neuordnung anzuschließen.

Die Regierung Ihrer Majestät kann, wie der Fall jetzt liegt, doch keine anderen Pflichten anerkennen als die, welche die Verträge des Königreiches und die nationale Tradition ihr auferlegen. Weder die Staatsgesetze des Königreiches, welche auf den allgemeinen anerkannten Rechtsgrundsätzen beruhen, noch die anerkannten jahrhundert alte Tradition, die Holland zu jeder Zeit zu einem ...

Sufsuchtsort für die Besiegten

bei internationalen Konflikten gemacht hat, gestatten der Regierung der Niederlande, den Wunsch der Mächte zu bewilligen, indem sie dem Erlaß der Bestrafung ihrer Gesetze und ihrer Tradition entspricht. Das Recht und die nationale Ehre, die aus heiligen Pflichten hervorgeht, werden nicht verletzt, sprechen dagegen.

Das holländische Volk, dem Gefühl gehorchend, welches die Weltgeschichte immer gewürdigt hat, darf den Glauben derjenigen, die sich seinen freien Christungen anvertrauen, nicht beschämen.

Die Regierung gibt sich dem Glauben hin, daß die Mächte die Berechtigung dieser Anschauung anerkennen werden, welche über alle persönlichen Ansichten hinausgeht, und welche ihr so ausschlaggebend zu sein scheint, daß sie rechtswegweise keinen Raum für eine falsche Auffassung gestattet.

ges. von Karnebeck.

Das kleine Holland beugt sich nicht dem Befehl der Sieger. Es hat im Kriege mühsam seine Neutralität aufrechterhalten, es stellt sich jetzt schuldig vor seine Landesgenossen und die „ehrwürdigen jahrhundertelangen Traditionen“, die Holland stets zu einem Zufluchtsort für diejenigen gemacht haben, die in internationalen Konflikten unterlegen sind.“ Die Regierung ist überzeugt, daß das niederländische Volk ihre Weigerung billigen und das Vertrauen desjenigen nicht täuschen wird, der sich auf das Asylrecht der Niederlande verlassen hat.

Für die Aburteilung der Verbrechen, die die Entente dem früheren deutschen Kaiser zuschreibt, gibt es keine rechtliche Grundlage. Wenn etwa der in Bildung begriffene Völkerverbund für künftige Geschehnisse eine solche schaffen würde, ist Holland bereit, sich dem internationalen Strafgesetz zu unterwerfen. Bis dahin aber gelten die eigenen Landesgesetze und die Tradition, und beide verbieten die Unterwerfung unter das Gehot der Weltbeherrscher.

Die Weigerung ist mutig, fest und bestimmt. Die Vertreter der Entente, insbesondere die englische Regierung, der

Wirkung der Sechsstundenschicht.

Die unheilvollen Wirkungen der Sechsstundenschicht gehen ohne weiteres aus einem Vergleich hervor, der zwischen dem Förderergebnis dreier aufeinander folgender Monate, in denen weniger gefördert wurde (September, Oktober und November 1919) und der voraussichtlich vorliegenden Fördermenge an Kohlen bei Einführung der verkürzten Schicht angesetzt wird. In dem angegebenen Quartal förderten monatlich das Ruhrrevier bei siebenstündiger Schicht 6 1/2 bis 7 Millionen Tonnen, Oberschlesien bei achtstündiger Schicht 2 1/2 Millionen Tonnen, die übrigen Kohlenbezirke etwa über eine Million Tonnen, zusammen circa 10 1/2 Millionen Tonnen. Bei Verkürzung der Schicht um je eine Stunde — also nicht bei durchgeführter Sechsstundenschicht — würde sich ein monatlicher Ausfall ergeben: Im Ruhrrevier von circa eine Million Tonnen, in Oberschlesien von circa 312 000 Tonnen, in den übrigen Kohlenbezirken von circa 125 000 Tonnen, zusammen 1 437 000 Tonnen. Da die An- und Abfahrzeit der Bergleute auch bei verkürzter Arbeitszeit die gleiche bleibt, ist praktisch der Ausfall noch größer als nach der obigen rein theoretischen Berechnung. Mit Kohlen sind in erster Linie die Eisenbahnen, die Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke und der Hausbrand zu beliefern. Eine Verkürzung in der Belieferung wird hier kaum eintreten können. Der Rest, der für Industrie und Privatbahnen in Betracht kommt, betrug z. B. im Monat November 3 032 000 Tonnen. Reicht man davon den durch eine Schichtverkürzung verursachten oben errechneten Ausfall ab, so bleiben für Industrie usw. noch circa 1 600 000 Tonnen übrig. Da die gesamte Industrie im November 1919 an Kohlen nur knapp die Hälfte ihrer Anforderung, die 6 538 000 Tonnen betrug, bekam, könnte sie nach Schichtverkürzung nur noch den vierten Teil bekommen und müßte demzufolge große Massen von Arbeitern entlassen.

Offentlich bedenken das die Bergarbeiter noch rechtzeitig und lechnen es ab, sich von gewissenlosen Hegeern dazu treiben zu lassen. Millionen ihrer Klassen genossen mit ihren Familien ins Unglück zu führen.

Die Forderung der Bergarbeiter auf Einführung der Sechsstundenschicht in allen Teilen Deutschlands hat unter der notleidenden Bevölkerung die größte Erregung hervorgerufen. In zahlreichen Entschließungen und Telegrammen, die täglich beim Reichskohlenrat, bei den Bergarbeiterverbänden und bergbauischen Vereinen einkommen, wird dringend gefordert, von einer weiteren Verkürzung der Schichtzeit Abstand zu nehmen.

Kühler Empfang.

Die französische Kammer sprach gestern dem Kabinett Millerand gegen wenige Stimmen das Vertrauen aus — aber 300 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Das Schicksal des Kabinetts wird sich erst in der Interpellationsdebatte entscheiden.

die Aburteilung Wilhelmus zugehoben worden ist, müssen sich nun mit ihr auseinandersetzen. Sie haben Mittel genug in der Hand, um das kleine, aufrechte demokratische Land zu beugen. Es ist nur die Frage, ob sie es wagen werden, sie anzuwenden. Sie haben nicht umsonst sich in all den Jahren als die Hüter von Recht und Demokratie aufgespielt; sie müssen es sich trotz all ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Machtmittel doch überlegen, ob sie sie ungenümt und skandallos anwenden dürfen, um jetzt Recht wie Demokratie zu nuscheln. Tun sie es, so laufen sie Gefahr, den schillernden Mantel zu verlieren, in den sie sich gehüllt und an dessen Echtheit heute noch viele Neutrale glauben.

Denn in neutralen Ländern erheben sich dieselben Stimmen des Widerstandes, dem die holländische Regierung in ihrer Note Ausdruck gegeben. Der schwedische Professor Lundstedt, der wahrlich kein Freund des alten Deutschland und seiner gestürzten Machthaber gewesen ist, befaßt sich im Stockholmer „Sozialdemokrat“ mit der Auslieferungsforderung und ob die Forderung der Ententemächte mit den Rechtsgrundsätzen übereinstimme, die von durchgreifender Bedeutung für moderne Kulturstaaten angesehen werden müssen? Lundstedt beantwortet seine Frage mit einem kategorischen Nein! Da der international anerkannte Rechtsgrundsatz: „Keine Strafen ohne Strafgesetz“ auch in dem Auslieferungsfalle angewendet werden muß, und das internationale Recht keinen Paragraphen besitzt, auf den sich die Auslieferung des Kaisers stützen kann, so ist auch nach der Ansicht Lundstedts die Forderung an Holland ungerichtlich.

Wenn dann noch hinzukommt, daß der Richter Par-tel ist, wie im vorliegenden Falle, so ist das nicht allein un-

gesehlich, sondern auch völlig unwirksam als moralische Kraft, die dem deutschen Volke zeigen soll, daß die Auslieferung der Verbrecher wären. Wenn überhaupt die Voraussetzungen für eine strafrechtliche Aktion gegen Wilhelm II. und seine früheren militärischen Beamten gegeben werden, könne das Prozeßverfahren unter rechtlichen Gesichtspunkten in keiner Weise verteidigt werden, falls es nicht vor einem unparteiischen Gericht stattfinden würde. Wie England Napoleon nach St. Helena verbannte, habe es sich bei Wilhelm II. um eine wirkliche Bestrafung im vollen rechtlichen Sinne gehandelt. Ein Prozeß gegen Wilhelm II. und seine Offiziere stehe im Widerspruch mit den Rechtsgrundsätzen, die bisher für unsere Kultur durchgreifende Bedeutung gehabt hätten.

So der Schwede. Genau dieselbe Haltung nimmt die deutsche Sozialdemokratie ein. Sie will so wenig wie Lundstedt oder die holländische Regierung Kriegsverbrecher schuldig; im Gegenteil, sie will sie bestraft wissen, aber unter Rechtsgarantien, nicht nach Willkür oder nach Rache. Dazu gehört ein internationales unparteiisches Gericht, dem alle Verbrecher, welcher Nation immer sie angehören, vorgeführt werden müssen. Da dies nicht zu erreichen ist — die Mächte der Entente denken nicht daran, ihre Verbrecher freizugeben — und sie können als die Sieger dazu nicht gezwungen werden —, so bleibt nur übrig, daß Deutschland seine Schuldigen aus eigenem Recht bestraft vor einem eigenen Gerichtshof. Die Deutsche Republik hat sich dazu bereit erklärt. Sie hat zu diesem Zweck ein besonderes Gesetz geschaffen und hat für die Verhandlungen der Entente Beweismittel eingeräumt, die weit über das hinausgehen, die Serbien im Juli 1914 den österreichischen Machthabern zubilligte.

Es wird sich erweisen, ob die Entente sich mit diesem weiteren Zugeständnis zufrieden geben wird. Einstweilen scheint sie Holland gegenüber vor dem Richter zurückzuführen. Der Berliner „Tempo“ läßt sich nämlich aus London berichten, daß England als Mandatar der Besatzmächte gewillt ist, den Prozeß gegen Wilhelm II. in seiner Abwesenheit durchzuführen, wenn Holland sich weigern sollte, ihn auszuliefern. Der Prozeß soll in London in der letzten Februarwoche beginnen. Danach scheint sich selbst ein Lord George, trotz seines überreichten Wahlversprechens, den Wogen zu überlassen. Er fürchtet den Pfeil, der auf den Schützen zurückspringt.

Die Auslieferungsforderung würde, die Nichtigkeit dieser französischen Meldung vorausgesetzt, im ruhigen Sande verlaufen, soweit Wilhelm der Missetäter in Betracht kommt. Es bleibt dann aber noch die Auslieferung der übrigen Deutschen, die auf die Liste der Entente gesetzt worden sind. In ihrer Ausführung hat sich Deutschland im Gewaltfrieden verpflichtet, müssen, andernfalls hätte es keinen Frieden gegeben. Wir müssen abwarten, ob die Entente die Nachmittage, die sie sich schenkt gegen Holland anzuwenden, gegen das besiegte Deutschland in Bewegung setzen wird. Jeder Demokrat würde sich innerlich dagegen zur Wehr setzen. Die Demokratie verlangt Recht, nicht Rache. Und zu den französischen oder englischen Militärgesetzen haben wir genau so wenig Vertrauen wie zu den deutschen.

Der Zentrumsparteitag.

Zum ersten Male nach fünfzigjährigem Bestehen hat die Zentrumspartei einen Parteitag abgehalten. Daß sie bisher ohne diese Einrichtung, so fast ohne jedes Programm ausgekommen ist, liegt in der eigenartigen Struktur dieser Partei, die sich auf ganz anderen Grundlagen aufbaut, als andere politische Parteien.

Freilich liegt in dieser Stärke auch eine Schwäche. Die „Germania“ hatte dem Parteitag wohl nicht ganz ohne Sorge entgegengesehen, als ihr Leitartikel den Satz lautete:

Wenn das Zentrum Anhänger aus allen Ständen und Gauen Deutschlands umfaßt, dann ist nichts natürlicher, als daß diese von Hause aus von so stark verschiedenen Eigeninteressen getragenen Kreise es besonders schwer haben müssen, eine einheitliche Stellung zu den neuen politischen Verhältnissen zu finden. Andere Parteien, die mehr oder weniger Massenparteien sind, hatten es in dieser Beziehung wesentlich einfacher. Daraus ist es denn auch zu erklären, daß in den letzten Monaten in der Zentrumspartei bald von hier, bald von dort Stimmen laut wurden, die sich nicht so ohne weiteres in allem mit der von den führenden Parteipolitikern eingeschlagenen Politik einigen absehen zu können.

Tatsächlich war denn auch eine gewisse Disposition auf dem Parteitag zu spüren, aber der Akt der Kerisken Welt-

anschaung hat auch diesmal die widerstreitenden Interessen zusammengehalten. Freilich war die baltische Opposition unter Dr. Heim schon vor dem Parteitag aus der Partei herausgegangen, wenn sie auch noch ein paar Brücken für alle Fälle gelassen zu haben scheint.

Die Opposition ging diesmal hauptsächlich aus von den bauerlichen und kapitalistischen Bestandteilen der Partei. Rein Wunder, insofern der Revolution hat — wie im ganzen Reich die Arbeiterfront — so auch im Zentrum der Arbeiterfront innerhalb der Partei entscheidende Bedeutung gewonnen. Die Arbeiterfront, früher die Opposition, bilden jetzt die feste Stütze der Zentrumskräfte. Angesichts der misslichen Lage überspannt aber auch die Opposition der Bogen nicht, sondern sie beugte sich damit, daß der Parteitag einige Verbesserungen vor ihren Wünschen machte und votierte mit den übrigen der Zentrumskräfte das Vertrauen, so daß die Hauptbeschlüsse der Tagung einstimmig gefaßt wurden.

Besondere Bemerkungen beruhten der Opposition natürlich das Zusammenarbeiten des Zentrums mit der Mehrheitssozialdemokratie, für das allein die Vertreter des Arbeiterblocks wärmere Worte fanden. Der Referent zur politischen Lage, Max Cordner, betonte sehr scharf die fundamentalen Gegensätze in der Weltanschauung beider Parteien und erklärte, daß es sich nur um eine Wegweiserfunktion, nicht um ein Bündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratie handeln könne. Er sagte damit das gleiche, was wir von unserm Standpunkt aus sagen würden. Bei einigen Diskussionen stimmte er einmütig durch wie eine leise Sehnsucht nach den Deutschenationalen und dem bürgerlichen Block gegen die Arbeiterfront, doch gab die Mehrheit selber zu, daß die Zeit hierfür noch nicht gekommen sei. Die Sozialdemokratie muß nicht-demonstrativ stets im Auge behalten, daß das Zentrum seiner Natur nach sowohl mit der Rechten wie mit der Linken gehen kann, und sich in der Frage der Anschlüsse bisher stets von rein praktischen Erwägungen hat leiten lassen.

Vorläufig sind es freilich die Deutschenationalen selber, die mit ihrer Erbsenperle die beste Garantie gegen einen baldigen Anfall des Zentrums an die Rechte geben. Diese Karte hat es daher besonders verdient, daß der Parteitag einstimmig ein Misstrauensvotum gegen Erbsenperle abgestimmt hat. So darf als das wichtigste Ergebnis der Tagung festzustellen werden, daß der Kurs der Zentrumspolitik in der nächsten Zeit sich nicht ändern wird. Die Partei hat sich damit auf den Boden der sachlichen Notwendigkeit gestellt und den Verlusten, die davon zugunsten einer Einmütigkeit und Selbstpolitik abzudrängen, erfolgreich Widerstand geleistet.

## Die Arbeiterpresse in Gefahr.

Unsere Parteipresse ist in Gefahr! Die mannigfachen Gründe hierfür sind wiederholt andauernd besprochen worden. So wurde auf die steigenden Kosten für Papier, die sich etwa verdreifachen, für Tinte, Material, Transportmittel usw. verwiesen. Von Monat zu Monat sind die Zeitungen gezwungen, die Abonnementspreise heraufzusetzen. Noch ist in jener sprunghaften Entwicklung keine Besserung abzusehen.

Kun besteht die große Gefahr, daß der Leser in der Annahme, die Zeitungen gehörten nicht zu den unbedingt lebensnotwendigen Dingen, diese abbestellt. Was das jedoch für die Gesamtheit, zu der er doch letzten Endes selbst gehört, bedeutet, ist in seinen Folgen gar nicht abzusehen. Die Presse ist ein politischer Faktor allerersten Ranges. Ein Eingehen der sozialistischen Blätter würde eine Schwächung der von unserer Partei befolgten Politik bedeuten, der die zur Verbreitung ihrer Ideen notwendige Grundlage entzogen würde. Was das heute in einer Zeit, in der die gezielte Reaktion

feindlich der Sozialdemokratie gegenübersteht, zu bedeuten hat, braucht nicht im einzelnen auseinandergelegt zu werden.

Dem die gleiche Gefahr, die uns droht, ist für die der kapitalistischen Presse nicht zu gewärtigen. Dieser stehen ganz andere Geldmittel als Fonds zur Verfügung, so daß sie in der Lage wäre, die Dessenitätzeit einseitig leblich von ihrem prädativwirtschaftlichen Interessenstandpunkte aus zu informieren.

Es muß deshalb seitens der Behörden alles Notwendige geschehen, um den Kampf der Presse um ihre Existenz zu erleichtern. Aber auch die Treue der Leser ihrem Parteiblatt gegenüber ist eine Vorbedingung für die Erhaltung der Presse und den Sieg der Sozialdemokratie.

## An die deutsche Beamtenschaft.

Der zu seiner ersten Tagung aus dem ganzen Reich zusammengetretene Beamtenschaft der sozialdemokratischen Partei (sanktioniert mit diesem Beibehalten die durch nichts wegzulösende Tatsache, daß noch jetzt täglich und stündlich die schwersten Uebergriffe reaktionärer Beamten gegen die in der Verfassung gesicherte freiheitliche Betätigung der Beamtenschaft auf großen Teil ungeschützt erfolgen. Eine Fülle von Material beweist, daß es sich hier um systematische Verleumdungen handelt, mit Hilfe des bürokratischen Apparates die Macht der Reaktion wieder zu stärken. Es besteht hierdurch die große Gefahr, daß die Einschränkung der freiheitlich geknüpften Beamten, insbesondere soweit sie noch Hilfsbeamte oder bloße Angestellte sind, weitere Fortschritte macht. Die Verfolgung aller dieser einzelnen Fälle allein vermag nicht genügend Abhilfe zu schaffen. Es muß verlangt werden, daß endlich einmal energisch durchgegriffen wird. Der Reichsbeamtenrat ist der Überzeugung, daß, wenn einmal in solchen Fällen höhere Beamte, insbesondere die Inhaber von leitenden Stellen befreit und durch überzeugte Anhänger der jetzigen Staatsform ersetzt werden, auch die untergeordneten Stellen den ersten Willen der Regierung erkennen und sich derartig provokativen Verleumdungen der bestehenden Verfassung und Einrichtungen enthalten werden.

Die Empörung der freiheitlich denkenden Beamten über diese fortgesetzten Verleumdungen des Rechtsempfindens ist derartig gestiegen, daß es sofortiger entscheidender Maßnahmen bedarf, um das Vertrauen der Beamtenschaft zur Regierung zu festigen.

Wir werden uns durchsetzen, wenn wir zusammenstehen. An alle Entschlossenen und Aufrechten unser Ruf! Tretet in unsere Front! Es lebe die sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Verkörperin der freien deutschen Beamtenschaft!

## Ein Richter-Phänomen.

Hg. Seilmann (Soz.) hat in der Preussischen Landtagsversammlung folgende Anfrage eingebracht:

Ist der Staatsregierung bekannt, daß einzelne Richter den Eid auf die Verfassung verweigert haben?

Ist sie bereit, gegen diese Richter sofort das Disziplinarverfahren einzuleiten, damit sie nicht länger im Namen der Republik Recht sprechen?

Ist der Staatsregierung bekannt, daß statt dessen einer dieser Richter, Landgerichtsrat Siegfried in Tilsit, Vorsitzender der außerordentlichen Kriegsgericht ist und als solcher an der Prüfung von Urteilen maßgebend mitwirkt, gegen die es keine Berufung gibt? Ist die Regierung bereit, mit allem Nachdruck auf Abstellung derartiger Mißstände hinzuwirken?

Herr Landgerichtsrat Siegfried ist nicht nur Gerichtsvorsitzender, er hat als solcher auch familiären sozialistischen Einwirkungen in Tilsit die Vertreibung von Angeklagten vor dem außerordentlichen Kriegsgericht verboten, einem, S. weil es gefaßt hatte: „Gedenken Sie, meine Herren Richter, was die öffentliche Meinung zu Ihrem Urteil sagen wird.“ Dadurch soll der ketzerische Anwalt nach Ansicht des Herrn Landgerichtsrat Siegfried „die Politik in den Gerichtssaal getragen haben.“ (1)

Mit Herrn Siegfried muß sofort Schluß gemacht werden. Wer aber ist dafür verantwortlich, daß ausgerechnet ein Richter, der den Eid verweigert und offen reaktionäre Sabotage treibt, an der Spitze des außerordentlichen Kriegsgerichts steht? Sollte dahinter vielleicht Herr General von Estorf stehen, der Mann der berühmten Strafanträge wegen Verleumdung der baltischen Offiziere?

## Die Teuerungszulagen der Gemeindearbeiter.

In der Generalversammlung der Städtischen Groß-Berlin des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter, die getreten ist großen Saal des Gewerkschaftshauses Groß-Berlin, wichtige Beschlüsse über die mit den Gemeinden Groß-Berlins geführten Verhandlungen wegen Gewährung von Teuerungszulagen.

Die Forderungen der Arbeiter seien durchaus im Rahmen der Sachmittelverfügungen gehalten, die seit dem Abschluß des letzten Tarifvertrages eingetreten sind und nach einer Zusammenfassung des Berliner Statistischen Amtes sich auf 100 Proz. belaufen. Die Gemeinden ließen das erwartete Entgegenkommen vermissen, wollten eine einmalige Teuerungszulage grundsätzlich nicht gewähren und zogen die Minderzulage gar nicht in Erwägung. Daher wurde ein Schlichtungsausschuß aus drei Arbeitnehmerschreibern, zwei Vertretern der Gemeinden und vier Unparteiischen des Reichsarbeitsministeriums eingesetzt. Es hat in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag seinen Spruch gefällt. Vom 1. Januar ab sollen die Witwe und Verheiratete eine monatliche Teuerungszulage von 50 M., jedes verorgungspflichtige Kind bis zum vollendeten 16. Jahr eine solche von 15 M. erhalten. Das Pflegepersonal muß sich den gestiegenen Wert der gewährten Kost anrechnen lassen. Für die Kleinfeldarbeiter sollen noch besondere Verhandlungen geführt werden. Die weitergehenden Forderungen der Arbeiter wurden abgelehnt. Ueber Annahme oder Ablehnung des Schlichtungsspruches sollen Arbeiter und Gemeinden bis 31. Januar erklären. Der Schlichtungsspruch gilt für die Arbeiter der Gemeinden Berlin, Neukölln, Schöneberg, Wilmersdorf, Nichtenberg, Johannisthal, Eichlagstraße, Niederschönhausen, Ahrensfeld, Behrenhof, Sieglitz, Kämpelhof, Grünwald, Wittenau, Köpenick, Oberschönhausen, Treptow, Friedenau, Pantow, Niederschönhausen, Behrensdorf, Pantow und auch für die Bureauhilfskräfte und Elektrikanten- und Gaswerkangehörigen von Berlin, Treptow, Friedenau, Pantow, Behrensdorf.

Herrn der Arbeitsverwaltung empfiehlt Postensche von Kollegen, über Annahme oder Ablehnung durch Urabstimmung zu entscheiden und in allen Versammlungen der Kollegen für möglichst ständige Abwesenheit einzutreten. (Beifall.) Von Aktionen ohne Wissen der Verwaltung sollen die Kollegen absehen. Was zu geschehen hat, muß einmütig entschieden. (Starker Beifall.) Ohne Diskussion beschloß die Generalversammlung einstimmig die Entscheidung durch Urabstimmung, die am Montag oder Dienstag in den Betrieben stattfinden soll.

Ueber die Teuerungszulagen für Staatsarbeiter berichtete Sekretär Scharlau. Die Forderungen sind dem Reichsfinanzministerium und dem preussischen Finanzministerium überreicht worden, das Reichsarbeitsministerium wird die Verhandlungen sofort aufnehmen. Der Abschluß muß bis Ende Januar überbracht sein, am 1. Februar finden die entscheidenden Verhandlungen statt. Stadtschreiber Rosenmann, Berlin, der als Gast anwesend war, warnte die Gemeindearbeiter vor „Dummheiten“, wie man sie erst kürzlich erlebt hat. Verhängnisvoll wäre es, etwas zu unternehmen, wenn die Arbeiter nicht eine kompakte Masse bilden.

## Gewalt vor Recht!

Die in Belgien und französischem Besitz befindlichen Aktien der A.G. „Friedrich Heinrich“, Eisenhüttenbergwerk in Ainstadt (Kreis Tösch) waren während des Krieges im Wege der geschäftlichen Liquidation für Rechnung der ausländischen Aktionäre an die „Belgischen Stahlwerke“ in Duisburg-Weiderich veräußert worden; die beiden Gesellschaften hatten während eines Kustonsvertrages geschlossen. Durch den Frieden „verloren“ ist die Annahme das ausländischen Besitzes ausdrücklich als rechtsverbindlich anerkannt worden. Gläubiger der ehemaligen Aktionäre, denen natürlich der Erfolg der veräußerten Aktien zuleute, hierüber hinaus Schadenersatzansprüche erheben zu können, so haben sie solche bei den „gemischten Gerichten“ zu stellen.

## Neue Musik-Bücher.

Von Dr. Kurt Singer.

Wie für die Philosophie und die Soziologie hat sich auch für die Musikgeschichte in den letzten zwei Jahrzehnten das Interesse in Amateurkreisen erheblich gesteigert. Man will nicht nur hören, man will auch wissen, wie der Schöpfer sein Werk erdacht und verstanden hat, will sich durch die technischen Dornenwege von einem Härenden und ausführenden Führer leiten lassen, will im besonderen Maß auch mehr und viel von dem Komponisten, seinem Lebens- und Lebensweg erfahren. Die alten philologisch-günstigen Bücher sind zwar ebensowenig begehrt wie die Historien und Biographien; aber im ganzen geht doch der Sinn des Publikums an den Erzeugnissen oder „Klassischen“ Musikgeschichte und abgegriffener Lebens- und Literaturgeschichte zurück, wie an den Oberlehrer-Schriften zur Musik. — Jetzt druckt man wieder Bücher. Die Preise sind erschwinglich; Neuauflagen werden möglich. Da liegt z. B. Niemanns Musiklexikon (M. Debes Verlag) vor. Eine wirklich unschätzbare Fundgrube alles Musikwissens, ein Ratgeber für literarische, musikalische, biographische, stilistische, und Instrumentalfragen, ein Führer, der nie im Stich läßt und, was mehr wert ist, das niemals schweigt. Er ist von Einleitern nach dem Tode Niemanns bis zum heutigen Tage ergänzt; auch der Zeit findet sich in diesem Wunder deutschen Fleißes schnell zu recht. Wenn Musik Verstandesarbeit ist und nicht Spiel der Sinne, der kann dieses Buch in seinem Schrank nicht entbehren. Der Niemann ist ein streng wissenschaftliches Werk, was dennoch auf jeder Seite mit Witz geleitet wird; auch darin eine Seitenstunde. Kein philologisch-linguistisch ist der bemerkenswerte und durch Vollständigkeit ausgezeichnete Katalog der Arbeiter-Literatur seit 1890 von Wilhelm Altman. Dirigenten und Solisten werden ihn hoffentlich mit Erfolg zu Rate ziehen und unsere Programme aus ihrer Stagnation gelegentlich Lichtvoll herausführen. Eine Sammlung, die dem Philologen und gelehrten Musikhistoriker ebenso bequemt, wie dem interessierten Laien in ipsemeto Fuß angenehm sein wird, gibt Günther unter dem Namen „Lebensläufe deutscher Musiker“ bei Siegel heraus. Drei Bände liegen vor, nämlich, fäulder gedruckt, hübsch druck (1 M.). Es sind Autobiographien der im 18. Jahrhundert lebenden und auch heute durch Werk und Wirken noch unergessenen Musiker J. A. Hiller, Chz. B. Neels, Adalbert Grawig.

Zur neuen Zeit hinüber führt Kappes jüngstes Werk „Das Dreieck“. Den Biographen Wagner, Carlitz, Lichts reichte es, diese drei Herren in ihren künstlerischen Zusammenhängen, persönlichen Beziehungen, sachlichen Abwechslungen zu schildern. An der Hand unerschöpflicher Materialien und in sicherer Beherrschung des gewaltigen Stoffes gelangt Kapp hier ein Bild voller dramatischer Beschwingtheit, voller Leben und Impuls. Die Freundes- und Bekanntenkreise der Komponisten (Berlitz, Licht), der treubühnlichen Brüder (Berlitz/Wagner), der Instrumentalisten (Licht/Wagner) sind mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und feinsensiblen Eifer dargestellt. In dem gleichen Verlag von Schuster u. Schöffer hat Karl F. F. seine vier Jahrzehnte umfassenden kritischen Beobachtungen und geschichtlichen Mitteilungen zu einem schönen Bändchen zusammengefaßt: „Meister des Lastbods.“ Keine Kritiken,

sondern künstlerisch gefaßt, mit Liebe und Kenntnis entworfene Bilder großer Dirigentenleistungen. Die erste Hälfte des Bändchens ist geschichtliche Arbeit, Kott erzählt; in der zweiten spricht der Miterlebende, der kritisch Geniehung, der allmähliche Schriftsteller und Essayist. Die Arbeit wird ihren Platz behalten neben Schönmanns historischem Meisterstück von der Kunst des Dirigierens.

Zuletzt ein Praktikum, das in der Schönheit der äußeren Aufmachung gleichen Schritt hält mit der Schönheit der Darlegung: Adolf Weismanns Monographie: „Die Grimadonna“ (Verlag Paul List). Ein Seitenstück zum Virtuosen, mit der gleichen historischen Beweglichkeit, derselben persönlichen Einstellung auf vergangene Musikepochen, mit der gleichen Eleganz und stilistischen Feinheit der Feder geschrieben. Zeiten, die verziehen sind, werden lebendig, Stars staubiger Vergangenheit bewegen sich unter uns, geschichtliche Studien geben den ersten Rahmen ab zur Umgrenzung eines unvollständigen Nordens, das unsere Welt und unsere Sinne anregt. Eine Reaktion gegen allen philosophischen Stil; ein Buch voller Leben, voller Rhythmus und Rhythmus, ein künstlerisch gestaltetes Erlebnis!

Für das Staatliche Bauhaus in Weimar tritt der Deutsche Werkbund in einer Erklärung ein, die sich gegen die bekannten Angriffe richtet. Die von Poelzig gezeichnete Erklärung sagt, daß diese Angelegenheit keine ästhetische Angelegenheit ist, sondern in mehr als einem Betracht als diejenige angeht, welche Werden und Wachsen unserer Kunst am Herzen liegt. Sie kennzeichnet die Bedeutung des Bauhauswerkes in folgenden Sätzen:

„Der Deutsche Werkbund führt sich berechtigt und verpflichtet, gegenüber den Weimarer Behörden und gegenüber der deutschen Öffentlichkeit auszusprechen, daß es in dem Versuch von Walter Gropius ein ernsthaftes und notwendiges Unternehmen liegt, der jungen Kunst in Deutschland die innere Verbindung mit dem Handwerk zu geben, aus der sie ihren Geist und ihre Ausdruckskraft erneuern kann. Die Jugend selber will frei werden von einer Ueberlieferung, die Geschicklichkeit, Routine und als breitetes Ergebnis ein Proletariat von Halbintellektuellen schufte, und will in einer Bindung des Werkes selber an Verantwortungen wachsen. Sie sucht nach neuen Formen der Arbeitsgemeinschaft, nach neuen Formen des künstlerischen Ausdrucks, nach neuer Wertung von Geist, Befähigung und Werk. Sie ist noch auf dem Wege, aber sie hat Willen und Glauben und dies Versteht sich nicht zu verhehlen durch Philisterhaftigkeit, die bequem ist, durch Verdonnerung, die rechthaberisch, durch Positiv, die feindselig ist. Heute weniger als je, Kunst muß durch Leistung sprechen; aber man darf dieses Reifestwerden eines neuen Sprache der Kunst und einer neuen Durchdringung von handwerklicher Arbeit mit künstlerischer Verantwortung nicht verberben wollen, indem man Volkspatriotismus zu einer Richtschnur für künstlerisches Wollen und jugendliche Energie zur Sündhaftigkeit macht.“

Die Erklärung des Werkbundes erwartet, daß Gropius der Werk freigehalten bleibt und die Befähigung, die ihn und seinen Kreis bewegt, ungehindert sich auswirken darf.

Die Sammlung Marcus Kappel fällt nach dem jetzt erfolgten Tode des Erfinders auf Grund seines Testaments größtenteils den

staatlichen Museen zu. Es wird im Kaiser-Friedrich-Museum ein eigenes Kabinett dafür eingerichtet werden. Für Rembrandts (darunter sein Selbstbildnis aus dem Todesjahr 1669) und die Samaritaner, ferner je ein Paal, Holbein, Rubens (2), Gooch, Terborch, Steen. Voller werden dort bereit sein. Wichtiger wäre es natürlich, wenn die Werke über das Museum verteilt würden. Aber die Sammler sichern sich ein Stübchen Raum durch die Vorrichtung, daß die Werke unter ihrem Namen zusammenbleiben.

Lehrbücher für Inselnosterien Vorkursunterricht mit ein Kreis, ausfinden des Deutschen Reichsbundes beschaffen. Angesichts der Notwendigkeit, für den freien Volkstaat geistig und stillich selbständige, durch Lebenserfahrung und soziales Bewußtsein geleitete Bürger heranzubilden, werden 10000 M. ausgesetzt. Davon sollen 8000 M. für ein Preisauschreiben verwendet werden. Das Lehrbuch soll die Lehrer deutscher Schulen in den Stand setzen, hinsichtlich die stilistische Unterweisung der heranwachsenden Jugend ohne störende Hilfe zu übernehmen und die Unterweisung zur Freude für Lehrende und Lernende sowie zum Gelingen für Gesellschaft und Staat zu gestalten. Der Inhalt soll strenge wissenschaftlichen Charakter haben. Der erste Preis beträgt 8000 M., der zweite 2000 M. und der dritte zu je 1000 M. Als Preisrichter sind vorgesehene: Prof. Dr. Ludwig Curtius-München, H. Förner, G. Hoff, Dr. Senja und Prof. Knoll. Termin der Einlieferung ist der 31. Oktober 1920. Genaueres von der Münchener Geschäftsstelle, Theaterstr. 33.

Theaterkassal ohne Ende. Jetzt war Halle dran; bei einer Wiederholung des Schauspiel „Paradies“ von Hebbel, in dem revolutionäre Figuren vorkommen, ging eine vorbereitete Demonstration vor sich. Die liberal verteilte Kriminalpolizei verbot die Hauptkassale — und dann konnte weitergeleitet werden. Ist es aber nicht bedauerlich, daß die Kunststempel Schandplage von Stadtausschüssen werden?

Theater. Die vom „Klassischen Theater“ verankerten Nachmittagsvorstellungen des „Götter von Seilsteinen“ in der Volkshalle, müssen wegen ihrer Länge schon um 14 Uhr pünktlich beginnen.

Der zweite Sozialabend des Kuno Holzberg-Steinberg-Abends in der Berliner Secession findet schon am 6. Februar statt. Erhöhte Kollektoren. Von diesem Theater an und für Uninteressierten ohne Zweckmäßigkeit vom Sommersemester an sollen grundsätzlich überal fünf bis sechs M. nun 8 M. für die Werkbünde erhoben werden. Die für Kunst, Wissenschaft usw. erhobenen Beiträge werden entsprechend erhöht.

Zur Lage der Münchener Theater. Der Intendant der Frankfurter Bühnen, Geheimrat Dr. Karl Reich, hat vom bayerischen Kultusministerium die Einladung erhalten, die Situation der Staatstheater in München zu prüfen und sich gutachtlich darüber zu äußern. Dr. Reich wird der Einladung Folge leisten, an die sich Verhandlungen wegen Übernahme der Münchener Intendanten anschließen dürften.

Zur Gewerbeausstellung hat man in dem gemeinen Wien doch noch die Kraft. Ein Minister kündigte im Parlament die Verfertigung von Kleingeld aus einer — Legat von Kupfer und Zink an. Der so sprach, war also ein Mitglied der Regierung. Ein Vergleichsaal im Museum. Das Museum in San Francisco hat dem „Gereone“ zufolge eine sehr beachtenswerte Sammlung eingekauft; eine Vergleichsaal, in dem gegenüber eine Landschaft von Turner, eine solche von Constable und eine andere des modernen amerikanischen Impressionisten Chas. Doolen nebeneinander hängen, um die Weltanschauung zum Studium und Erkenntnis gewisser Probleme sowie der Individualität der verschiedenen Meister durch Vergleich anzuregen.

Die Preise sind zu niedrig!

In der Preussischen Landesversammlung wurden am Freitag gemacht

Kleine Anfragen

erleidet. Dabei erklärt die Regierung, daß sie die Rechte der Lecker an höheren Privatkaufen entschieden wahrnehmen werde. — Die Durchführung des Schauspiel „Der Bauer im Regen“ in einer Schillerhochschule in Berlin bezeichnet die Regierung als bedauerndwertes Mißgeschick. — Bezüglich der Abstimmung in den an Belgien abzutretenden Orten hält die Regierung an der Wahrung unserer Rechte fest und erachtet auch die Stadtvorordnungen der betreffenden Gebiete, in diesem Sinne anflüßend auf die Bevölkerung einzuwirken. — Auf Anfrage Brückner (Soz.) sagt die Regierung demnachst ein Kotschek vorlegen. — Die Preisermäßigung für Leibesübungsstätten konnte nicht erreicht werden wegen des damit verbundenen Mißbrauchs. — Die seit dem 1. April 1919 in den Ruhestand getretenen oder vom 1. Januar 1920 in den Ruhestand tretenden Beamten werden das Ruhegeld nicht nach den neuen Besoldungsgehältern erhalten, weil die finanzielle Lage es nicht gestattet. (Wohlfühlend hört! hört! und Hurra! Wo steht der Reichstag der Landesversammlung?) — Die Frage der Vererbung der Kriegsschuldenscheine 3. Klasse mit einer Zinsrate 4. Klasse wird durch die Tarifkommission beraten werden. — Ueber eine Entschädigung der Beamten wegen Aufhebung des Gemeindefiskusgesetzes wird innerhalb der Regierung beraten. — Wegen Jüdischerlieferung der Jünger hat die Regierung bei der Reichsregierung Schritte unternommen. — Dem Ansuchen aus Westpreußen und Polen, die von der Polen entzogen und ausgewiesen werden, wird vorläufiges Unterkommen und nach Möglichkeit andere Anstellungsgelegenheiten geboten. Es folgt die förmliche Anfrage des Abg. Schilling (3.) über die

Ablieferung der Milchkuhe

an die Entente. Mit der Regierungserklärung, daß die Preise in Verbindung mit dem Ausschlag der Nationalversammlung festgesetzt wurden und eine Erhöhung nicht mehr erfolgen kann, erklärt sich

Abg. Ehlers (Dem.) sichensfalls zufrieden. Wir stehen vor der Gefahr, daß die Milchversorgung der Städte nicht mehr aufrecht erhalten werden kann.

Abg. von der Osten (Dnall.): Auch wir sind mit der Regierungserklärung in keiner Weise einverstanden.

Abg. Peters-Hochhaus (Soz.): Eine Preiserhöhung würde zum Schaden der Kleinbauern eine allgemeine Verteuerung des Rindviehs herbeiführen. Man sollte nicht so allgemein von einer Notlage der Landwirtschaft sprechen. Wir haben viele Bauern erklärt, sie hätten sich nie so gut gehalten wie jetzt. (Hört, hört! bei den Soz. — Große Unruhe rechts.)

Abg. Kaufner (U. Soz.): Gegen die hohen Preise des Rindviehs muß die Regierung endlich einschreiten.

Abg. Stenkel (D. Sp.) führt aus, daß die Viehpreise viel zu niedrig seien.

Damit schließt die Besprechung. — Der Gesetzentwurf betreffend Beilegung der Konfliktverhältnisse bei gerichtlicher Verfolgung von Beamten und Militärpersonen wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen, und hierauf die Besprechung der förmlichen Anfrage Heß über die

Beschaffung von Düngemitteln

fortgesetzt. Abg. Herbst (Soz.): Während die arbeitende Bevölkerung furchbar gelitten hat, haben die Landwirte die Arbeitszeit kenneben können, um sich gesund zu machen. (Unruhe rechts.) Die landwirtschaftliche Produktion leidet nicht unter der Zwangswirtschaft, sondern unter der Kurzfristigkeit der Landwirte, die ihren Arbeitern nicht das bewilligen wollen, was ihnen zuzumutet. (Beifall bei den Soz.)

Jan Krebsreuter.

Seine Taten, Fahrten und Meinungen. Aufgezeichnet von Hans Müller-Schlösser. „Gerein!“ hörte er Klappdors von der Aufregung zitternde Stimme. „Das ist doch unerhört! Habe ich Ihnen nicht gesagt? — „Stopp! Stopp!“ jagte Grades ganz ruhig. „Ich hab' das Jahrbuch binnen geschleppt. Es hat' zuviel Salzwasser unter dem.“ „Was?“ „Alia ohne viel Explanation, Herr Klappdors, ich hab' — ich wollt' sagen, meine Frau hat heut' morgen 'ne Jung auf die Welt gebracht, sicher acht Pfund schwer!“ Als die Eintragungen vorläufig gemacht worden waren, stand Klappdors auf und schüttelte Grades die Hand. „Ich gratuliere Ihnen! Und meine Bitte von soeben werden Sie mir nicht verhehlen, wie?“ „Oh was, Herr Klappdors! Ich an Ihr' Stell', ich hätt' uns auch rausgeschmissen! n' Tag, Herr Klappdors!“ — Als Grades aus dem Rathause trat, war Quaddelmechel nicht mehr da. „Aha, er ist über Stach gegangen!“ lachte Grades. „Enä, aber mit Blut und Donnerkeil nach Haus!“ sagte Drögenbid. Grades stoffte bedächtlich sein Viehschen, schlug Feuer und raffte. Daran schlenderte er gemächlich nach Hause. Er fühlte sich so lustig wie ein Sperling im Weizenfeld. Er ging auf das alte Theater, das ehemalige Sieghaus des Weiffers Gruppello zu, das mit seinem ionischen Säulenportal dem Marktplatz ein so angenehmes, bescheiden-vornehmes Ansehen gab, und hieß vor einem Theaterzettel stehen. „Der Räuber von Zalamea, von Calderon, einstudiert von E. L. Zimmermann“ las er. Dann ging er, die Hände in den Taschen, an Gruppellos großem Wohnhaus an der Ecke vorbei und bog in die enge, durch das zum Rhein führende Bollwerk verdunkelte Hofstraße ein. In ewigem Dämmerlicht lag die Hofstraße. Nur im Sommer, wenn die Sonne hoch stand, fielen helle Strahlen auf die geschweiften Giebel an der nördlichen Seite. Durch den kleinen vieredigen Torauschnitt sah man die Wälder der Schwie vorübergleiten. Ein ewiger, scharfer Wind blies und pfliff durch das Loch, und tagsüber flog mancher Hut und hopfte über das Pflaster.

Abg. Dr. Schreiber-Halle (Dem.): Wir müssen endlich zu einer Bilanzwirtschaft kommen, die die nationalen Reichthümer, die wir noch besitzen, planvoll und entschlossen ausnützt, das sind unsere Rohstoffe und unsere Landwirtschaft. Alles hängt von der Steigerung der Produktion ab und es ist geradezu ein Wahnsinn, wenn meine Kreise unseres Volkes glauben, jetzt weniger intensiv und längere Zeit erbelten zu müssen als früher, als es uns wirtschaftlich noch gut ging. Es fehlt an Rohstoffen, um die Stoffverhältnisse voll aufrecht zu erhalten, und die zahlreichen wüsten Streits bringen die Produktion außerordentlich zurück. Die höheren Preise dürfen nicht erst dann bewilligt werden, wenn die Ernte eingebracht ist. Wir verlangen deshalb mit dem Antrag Gerold bestimmte Mindestpreise. Für das nächste Erntejahr muß die Brauwirtschaft nach Möglichkeiten festgelegt werden, und deshalb sind wir auch für Aufhebung der Brauwirtschaft für Zucker, entsprechend dem Antrag von Heßel. Wir glauben nicht (!), daß bei freier Preisbildung die Wohlhabenden, die ja nur 1 Proz. der Bevölkerung ausmachen, den armen Leuten die landwirtschaftlichen Produkte wegkaufen werden. Eine Steigerung der Löhne und Gehälter ist natürlich auch notwendig. Das wird man in Kauf nehmen müssen, wenn man überhaupt wieder zu einer Befriedigung der Volkswirtschaft und zum Abbau der Preise kommen will. Wir müssen den Mut haben, das zu sagen, auch wenn es nicht populär ist. (Schlaffe Zustimmung.)

Abg. von Bessel (Dnall.) ist mit dem Vortrager einverstanden. Bei den Jüdischen hat die Gasse erst in diesen Tagen begonnen. (Bewegung.) Mindestens die oberen Teile der Kühen sind verkauft.

Abg. Wehrhol (U. Soz.): Es gibt ja nur noch einen kümmerlichen Rest von Jüdischthum. Die Regierung mit dem sozialistischen Ausschuss ist unzulänglich gewesen, die Zwangswirtschaft großzügig zu organisieren. Sie muß im Grunde nur von einer Hundstoll Großhändler befreit, die mächtiger sind als das Direktorium Ober-Rohstoff-Beine. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Stenkel (D. Sp.): In der sozialdemokratischen Fraktion über liegt Fröhenstein. Wir begrüßen die treffliche Rede des demokratischen Vertreters, hoffen aber, daß auch eine Parteifreunde in der Nationalversammlung daraus die nötigen Folgerungen ziehen.

Abg. v. Sankt (Dnall.) begründet seinen Antrag bez. Aufhebung der Zwangswirtschaft in Ost- und Westpreußen. Die Schweinefleischpolitik der Regierung ist der reine Absolutismus. (Große Heiterkeit.)

Staatsminister für das Ernährungsweien Peters: Das Prämissen ist nach eingehender Ausprache mit den Interessen durchzuführen worden. Bei seiner Genehmigung durch die Nationalversammlung haben auch die Deutschnationalen zugestimmt. Solche Neben, wie die Kamit, fördern die Verhandlung nicht. (Unruhe rechts.)

Ein Vertreter des Reichsministeriums erklärt es für unrichtig, daß die Polen keine Rohstoffe nach Ostpreußen fahren dürfen.

Die Beratung wird abgebrochen.

Vizepräsident Dr. Faria verweist die nächste Sitzung an auf Dienstag 29. Jan. um 10 Uhr. Die Tagesordnung: Ernährungsfragen und keine Anträge.

Abg. Adolf Dehmann (U. Soz.) wiederholt den Vortrag, den Antrag der Unabhängigen über den Belegungsgrund auf die Tagesordnung zu setzen. Die amtliche Beilegung des Konfliktverhältnisses über das Direktorium sei nur eine Beschäftigung (?) seiner Behauptungen gewesen. Eine Volkswirtschaft, die vor sich selber keine Achtung habe, würde es als ihre Pflicht empfinden, den Antrag schleunigst auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Antrag des Abg. Hoffmann wird abgelehnt.

Schluß: 7 Uhr.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Besonders im Südosten zeitweise etwas aufklaren, jedoch überwiegend trüb mit öfter mäßigem leichten Nebel, Winden und mäßigen heiligen Winden. Temperaturen über dem Nullpunkt.

Grades saub seine Schirmmütze tief in den Nacken und zog sie fest in die Stirn und schritt, etwas vornübergebeugt, durch das Tor an den Rhein. Der Wind rief und zerpte an seiner Jacke und blies die Funken aus seinem Pfeifchen. Grades atmete tief auf, daß die Röhre seiner Jacke trachten und die silbernen Knöpfe laß abstrangen.

Es war nicht mehr der kalte Winterwind, er brachte schon etwas Frühlingsduft mit. Auf den Dächern der anderen Rheinseite lag auf dem winterlichen Graugelb schon ein zarter, grüner Schimmer.

Grades reckte seine knackenden Arme und schritt schneller dahin. Als er auf die Zitadellstraße kam, sah er von weitem Quaddelmechel wieder in der grünen Schürze vor der Türe seines Ladens auf den Rücken sitzen und mit spitzen Fingern voll Eifer einige zarte Röhrenpflanzen auszuspielen, die in den Ritzen zwischen den Dürpelfsteinen gesprossen waren.

Grades ging noch näher und berührte ihm eine berden Tritt in den Kniekehlen, und Quaddelmechel schief stumm nach vorne und fiel der Länge nach den Dürpel hinauf.

„Dat war ich, Frenand!“ rief Grades, „du kennst ja mein' Kamier!“

Darauf schritt er lachend weiter, bis er an den breiten, angetretenen Dürpel kam. Hier wohnte er auf dem dritten Stock. Der kräftige Geruch von frischgebackenem Schwarzbrot kam ihm im Hausflur entgegen. Im Unterbause wohnte nämlich der Bäckermeister Aloys Höffgens, sein Hausherr. Neben der Haustüre an dem blühblauen Fenster, dessen untere Scheiben mit weißen Gardinen verhängt waren, hing ein Glasfenster, in dem die Brötchen und Roggelen zu einer Pyramide angebaut waren. Ueber die Hausstange schaukelte an einer eisernen Stange eine große, vergoldete Brezel. Die erste Türe in dem dümmrigen Flur führte in den Laden, der zugleich Wohnzimmern war. Der Türe gegenüber, wo er gleich in die Augen fiel, stand der alte, solide Glasschrank, in dem das Familienporzellan, die goldgeränderten und blau-geblühten Kaffeetassen blühten. Zwischen ihnen die Mutter Gottes von Kesselau aus Porzellan und andere Heiligenfiguren aus Wachs, alles nett und ordentlich aufgestellt. In der Ecke stand der Zylinderofen, der im Winter, wenn draußen der Schnee knirschte, die Höffgenfamilie um sich versammelte und im Sommer als Blumenkammer diente. Auf einem mit einer gefädelten Decke geschmückten Tischchen schwammen in einer Glasglocke ein paar Goldfische herum. Neben

Scheidemanns Rechtfertigung.

B. Die Beschuldigungen gegen mich.

1. Mein Verkehr mit Eklarz.

Ich soll wochenlang täglich bei Eklarz verkehrt haben; bei Tisch sei es hoch hergegangen; ich hätte Vollmacht gehabt, auch in seiner Abwesenheit sein Haus zu besuchen; in seinem Zimmer hänge mein Bild.

Ich bin seit Jahren mit Eklarz befreundet, d. h. seit einer Zeit, in der niemand, ich am wenigsten, damit gerechnet hat, jemals Mitglied der deutschen Regierung zu werden. Ich war sein Gast, wie ich es in vielen anderen befreundeten Häusern auch war. Ich verkehrte bei ihm besonders deshalb gern, weil ich dort hervorragende Männer der Kunst und Wissenschaft, Dichter und auch prominente Ausländer traf, von denen ich mancherlei hörte und lernte, was für mich als Politiker von Wichtigkeit war. In keiner der Familien, in denen ich verkehrte, ging es hoch her. Die Vollmacht, sein Haus ungenutzt auch dann aufzusuchen, wenn er nicht in Berlin sei, bekam ich in dankenswerter Weise, als ich und andere meiner engeren Freunde oft nicht wußten, wo wir die Nacht zubringen sollten, wenn wir robiaten Elementen, die uns auslauierten und fortgesetzt mit dem Tode bedrohten, nicht zum Opfer fallen wollten. Von den für die beiden Sonnenfelds eintretenden Männern, die mir jetzt einen Vorwurf daraus machen wollen, daß ich in dem Eklarischen Hause verkehrt habe, hat mir in kritischer Zeit

feiner auch nur einmal ein Nachtlager angeboten.

Als ich in einer besonders schlimmen Nacht im Januar 1919 zum zweiten Male Zuflucht bei Eklarz suchen wollte, fand ich die Haustüre von Spartakisten besetzt, die mich erwarteten. Ich konnte mich noch in Sicherheit bringen, mußte aber fundenlang auf der Straße bleiben, bis ich gegen Morgen in einer Autobroschale die Reichsängeln erreichen konnte. In Abwesenheit des Herrn Eklarz habe ich seine Wohnung im Südostallee 14 bis sechs mal aufgesucht. — Wie vielen anderen meiner Bekannten habe ich auch Eklarz auf seinen Wunsch meine Biographie gestiftet. Sie trägt folgende Widmung: „Philip Scheidemann seinem verehrten Freunde Herrn Georg Eklarz, 3. März 1918.“

2. Empfang von Lebensmitteln.

Frau von Gurland soll mich täglich mit Speck, Butter, Wurst usw. gratis aus Beständen der Truppen beliefert haben. Ich soll allerlei Lebensmittel von Eklarz empfangen haben. Bekam mir Lebensmittel, die ich ab und zu durch Eklar's Vermittlung empfangen habe, waren Liebesgaben (für eine Anzahl bekannter Berliner Genossen)

von dänischen Freunden. Diese unsere allen dänischen Freunde bedienten sich lediglich der Vermittlung des Herrn Eklarz. Alle Freuden führte ich den dänischen Genossen Kister sowie Herrn Eklarz selber an. Die Behauptung, daß es sich um häufige Zuwendungen und große Mengen gehandelt habe, ist vollkommen un wahr. Von Frau von G. habe ich überhaupt niemals ein Paket bekommen. An drei Stellen des Materials lebst, jedesmal freilich in anderer Aufmachung, die Behauptung wieder, daß sogar „eine Droschke voll Lebensmittel“ zu mir geschickt worden sei. — In der in Frage kommenden Zeit gab es in Berlin keinen Droschkengaul, der eine Droschke bis nach Steglitz gebracht hätte.

Ich und andere Mitglieder der Regierung sollen auch in Weimar von den von Eklarz gespeicherten Lebensmitteln gelebt haben.

In Weimar waren alle Mitglieder der Regierung, auch die kaiserlichen, gegen feste Preise in voller Pension eines im Schloß errichteten Restaurants.

3. Angehörige von mir auf Kosten von Eklarz in Dänemark.

Mein Schwiegersohn Henk soll erzählt haben, daß seine Frau und Kinder dauernd auf Kosten von Eklarz in Kopenhagen lebten.

Das kann er nicht gefant haben, denn es ist u n o a h r. Als meine ganze Familie im Sommer 1917 infolge Unterernährung schwer erkrankte — meine verheirateten Töchter, deren Männer vier Jahre lang im Felde waren, waren wieder zu mir in das Elternhaus zurückgekehrt —, und zwei Enkelkinder auch noch dem Schicksal in so kümmerlicher Weise anheimfielen, daß der Arzt als letzten Rettungsversuch Luftwechsel empfahl und gute Nahrung,

der Türe standen Vintenschiffe mit hohen Lehnen. An der Wand hingen grellbemalte Schladtenbilder aus der Zeit Napoleons. Rechts und links von einer Schwarzwälder Uhr vergnügten sich in kleine Käfigen zwei Kanarienvögel mit einem gegemüßerten Frage- und Antwortspiel. Im Türschwaben, gerade handgerecht für den Eintretenden, hing ein Weihwasserfäßchen aus Porzellan mit einem Palmzweiglein drin. Auf dem Tisch lag neben den Goldfischen ein Kalender, der sinkende Boie von Jahr, dann man die und da nachsehen konnte, wie alt man war. Man hätte es sonst in dieser stillen Zeit vergessen. In der Nähe vom Fenster standen weißgezeichnete Kiepen aus Weidengeflecht. Darin lagen Roggelen, Brötchen, Graubrot und Schwarzbrot. Auch einige Korinthenspäße quakten dazwischen hervor. Der Fußboden war wie die Lieben weißgezeichnet. Und damit er unter den Schuhen der Käufer nicht schmutzig würde, war er mit weißem Sand bestreut. Dann und wann wurde der Sand mit einem weichen Beien in leinen Wellenlinien überstrichen.

Grades trat in die Ladenstube; die nidende Säbelle über der Türe meldete ihn an.

Die Frau Bäckermeisterin, die am Fenster saß und für den „Boas“ Strümpfe strickte, stand sogleich auf und wackelte auf ihn zu.

„Es is alles in Ordnung“ sagte sie, „ich bin soeben noch obe gewe un hab' Euer Frau ein Teckerde Grüß mit Milch un e Ei drin rausgebracht. Et hat ihr gut geschmeckt. Un der Jung schläft wie ein Prinz, hō, hō. Wie süßt Ihr Euch denn als Vatter, hō, hō?“

„Ich bin froh wie ein Bauer, der gebeißt hat! Wo geht das, Frau Höffgens! Am Sonnabend soll der Jung gekauft werden!“

„Wie soll er denn heißen?“

„Jan soll er heißen, Jan, wie mein Vater selig. Tot war ein braver Mann, Gott tröst' sein Seel in Ewigkeit. Er hat sein Leben nie wat Unrecht getan, ist vor Tot und Leibel nit bang gewesen, und mein Jan soll so Gott will auch so n' Mann werden! — Also wat ich sagen wollt, Frau, für Sonntag müßt Ihr mir einen großen Wagh\*) baden mit Korinth und Rosinen drin, dōhka, wie sich dat gehört auf Kindtauf. Er darf einen Daler kosten! Auch einen Bottenküchen müßt Ihr baden mit Mandeln und Zitrone drin und Zucker oben drüber. Wat der koft', ist egal!“

\*) = von piacentia.

(Fortf. folgt.)

mühte ich wohl der Aibel geeigneten Aufenthalt ausfindig zu machen suchen. Der Zufall war mir günstig; er führte mich nach Kopenhagen, wo ich von meinem Mitgelehrten sprach. Es erwies sich glücklicherweise sofort die Möglichkeit, meine kranken Kinder und Entel nach Dänemark zu schicken. Eine für die Familie eines bekannten österreichischen Genossen gemietete und bereits bezahlte kleine Wohnung auf dem Lande war freigeworden, weil der Vermieter und nach ihm auch die Familie eines deutschen Genossen durch besondere Umstände verhindert waren, nach Dänemark zu ziehen. Diese Wohnung wurde mir zur Verfügung gestellt, ein Angebot, das ich freudig akzeptierte. Herr Skarz, der meinen Schwiegersohn damals gar nicht kannte, hatte damit nicht das Geringste zu tun, und selbstverständlich auch keinen Pfennig dafür geopfert.

**4. Politische Tätigkeit mit Skarz und Varbus im Auslande.**  
a) Ich soll Skarz in dänische sozialistische Kreise eingeführt und mit politisch einflussreichen Kreisen bekanntgemacht haben;  
b) Skarz soll durch mich veranlaßt worden sein, sich politisch zu betätigen.

Nicht ein Wort ist von alledem wahr. Ich habe meines Wissens Skarz überhaupt nur zweimal in Kopenhagen angetroffen. Bei einer solchen Begegnung hat er mich um meinen Rat, wie er und Varbus, der damals nicht in Kopenhagen war, am zweckmäßigsten verfahren müßten, wenn sie monatelang (abwechselnd Hunderte deutscher Kinder in Dänemark verpflegen lassen wollten. Die Genossen Bauer, Wert und ich haben dann gemeinsam mit unserem Freunde Kiefer in Kopenhagen einen größeren Hotelbetrieb an der Küste besteuert, ihn für geeignet befunden und damit den ersten Unterbringungsort für deutsche Kinder in Dänemark gesichert.

c) Skarz habe mir einen Paß auf den Namen Professor Philipp besorgt.

Auch das ist unvollständig. Meine Auslandspässe waren ordnungsgemäß vom Auswärtigen Amt aufgestellt. Das Gerücht ist wahrscheinlich entstanden, weil ich einmal in Kopenhagen, um mein Inkenntnis gegenüber den Ententeagenten nach Möglichkeit zu wahren, mich in das Hotel-Fremdenbuch nicht mit meinem Familiennamen, sondern nur mit meinen beiden Vornamen, also als „Gerhard Philipp“ eintrug. Wer mir den Professorentitel verliehen hat, weiß ich nicht.

d) Ich soll von Kopenhagen aus mit Skarz und Varbus, und zwar mit Mitteln der deutschen Regierung, Unterhandlungen mit Lenin usw. eingeleitet haben, wobei alle drei sehr bedeutende Summen verdienten.

Das alles ist letzter Schwindel. Ich habe niemals in meinem Leben irgendwelche Mittel von der deutschen Regierung bezogen und selber auch niemals bedeutende Summen verdient.

e) Skarz soll zu Sonnenfeld gesagt haben, daß er mit Herrn Mühlhausen und mir in der Schweiz Geschäfte mit Rußland durchgesprochen habe.

Das ist hollender Unsinn, denn ich habe niemals irgendwelche betriebligen Geschäfte besprochen, weil mir dafür jedes Interesse und auch die erforderlichen Kenntnisse fehlen.

f) Skarz, Varbus und ich sollen nicht nur die russische Revolution, sondern jetzt auch die Revolution in Frankreich gemacht haben.

Ich soll ja auch die deutsche Revolution nach Behauptungen anderer Menschen gemacht haben. An der russischen Revolution war ich ebensowenig beteiligt, wie an der französischen, von der ich bisher übrigens nichts vernommen habe, außer den lächerlichen Beschuldigungen in den Sonnenfeldischen Anklagen.

g) Als besonderes Bisdortig hat sich Sonnenfeld junior mit folgendem Märchen entfaßt:

„Schon fünf Wochen vor seiner Abreise nach Holland habe er schon einmal für das Auswärtige Amt nach Holland reisen lassen. Damals überbrachte mir Herr einen solchen Auszug mit Erläuterungen, den er von der Schweiz aus, wo seinerzeit Varbus mit Scheidemann konferierte, erhalten hatte. Dieser Auszug wird besonders in Frankreich, aber auch in den übrigen Ententestaaten das größte Aufsehen machen und man wird, wenn ich diese Kenntnis veröffentlichen, wohl seitens der Entente sehr eingehend sich mit den Genannten befassen.“

Wahrheitlich ist der ehrenwerte Sonnenfeld-Sohn der lächerlichen Meinung gewesen, der Entente mich noch schnell für die Liste der Auszuliefernden in empfehlenswerte Erinnerung bringen zu sollen. Denn ich weiß wirklich nicht, was er sonst mit seinem

#### Hinterstufenroman

mit. Er deutet freilich einen wahrhaft trübseligen Plan an, den ich angeblich hätte verwirklichen sollen:

„Bemerkung in den Ententeakten: größere Aktionsfähigkeit für Deutschland und Scheidemann dann wieder Präses...“

Soll ich mich wirklich auch nur mit einem einzigen Wort gegen diese Dumme Junge vernehmen? Es ist schon um das Wollen nicht nötig, weil der „Politiker“ Sonnenfeld junior also fortfährt:

„Es ist entsetzlich, daß man mich hier nicht als politischen Bismarck behandelt, sondern als Einbrecher...“

Er möchte sich also politisch bravieren! Um das besser tun zu können, hat er wohl auch die Geschichte von der auf die Höhe Liebknechts und Luxemburgs angeblich von mir ausgetragten Kränze erfunden. Dieser Beschuldigung gegenüber, die Sonnenfeld-Vater denn auch in der Presse übernahm mit der Bemerkung, daß er die Wichtigkeit beweisen könne, konnte ich der Bartel wegen nicht untätig zusehen. Ich habe deshalb bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag gegen Sonnenfeld gestellt, damit er Gelegenheit findet, seine Beweise vorzutragen. Denn in der Beschuldigung genannten Vop, den ich als Mörder abgelehnt haben soll, weil er mir zu unsicher erschien, habe ich bisher weder gesehen noch gesprochen, denn ich kenne ihn gar nicht.

**5. Angelegte Verhängung des Herrn Skarz durch mich.**

Die Verhängung des Herrn Skarz soll erfolgt sein:

1. durch die Anklage 1919 angelegten Legitimationskarten, die ihn zum Bezug von Lebensmitteln für die Regierungstruppen ermächtigten.

Der Schein hatte folgenden Wortlaut: (folgt der schon in der Öffentlichkeit bekannte Wortlaut des Scheins, Red.)

2. und 3. werden als Verhaftungsmaterial angeführt die Artikel betreffend Verfertigung von Papier aus Finnland für einen russischen Kalender und die empfohlene Transportmöglichkeit für diesen Kalender.

Wegen der Lebensmittelbezüge ich mich auf den Brief Eberts vom 2. Dezember 1919 an den Genossen Lbbe. Wir waren heil froh, daß sich jemand fand, der damals für Lebensmittel sorgen wollte. Waren solche nicht schon längst beschafft worden, dann hätten wir die kriminellen Taten und damit die Regierung nicht halten können, hätten aber trotzdem die parlamentarische Herrschaft bekommen. Die Scheine wurden ausgestellt, als die Kommunisten und Sozialisten ganze Zeitungsblätter und den „Vorwärts“ besetzt hielten. Die Ausstellung der Scheine war eine Selbstverständlichkeit. Daß sie Skarz erhielt, ist daraus zu erklären, daß er selbst in den kritischsten Stunden zur Stelle und zu jedem Dienst bereit war, während von allen den Feinden, die uns jetzt mit guten Ratsschlägen kommen, damals keiner zu sehen war. — Wie die Lebensmittel verrechnet werden sollten und ver-

rechnet worden sind, weiß ich nicht; mit solchen Dingen habe ich nichts zu tun gehabt; das war in erster Linie Angelegenheit der Intendantur.

In dem Material wird auf mehrere Briefe verwiesen, die sich mit der Beschaffung von Lebensmitteln befassen und meine Unterschrift tragen sollen. Soweit mir gelegentlich einer früheren Vernehmung von Davidsohn solche Briefe vorgelegt worden sind, habe ich sie

sofort als Fälschungen erkannt

und bezeichnet. In den Briefen werden Dinge behandelt, die mir vollkommen fremd sind. Die Unterschriften waren sehr ungeschickt nachgemacht.

Die „S. J. am Mittag“ teilt uns mit, daß die Scheidemannsche Denkschrift über einem Mitglied unserer Partei (I) mit der ausdrücklichen Ermächtigung übergeben worden sei, sie ganz oder teilweise zu veröffentlichen. Hiernach kann dem Blatte der Vorwurf der Indiskretion nicht gemacht werden.

(Schluß folgt.)

## Der Begriff des Einkommens in den neuen Steuergesetzen.

Eines der gewichtigsten Gedanken, welche gegen die von der Reichsregierung geplante Besteuerung des Einkommens der natürlichen und der juristischen Personen erhoben werden, ist die Verschiebung des bisher für die Steuererhebung maßgebenden Begriffs des Einkommens. Unsere bisherigen Gesetze über die direkten Steuern trugen in ihrer Beziehung den Stempel der klaren Klarheit, der dem Charakter ihres geistigen Vaters, des Finanzministers Riquel, eigen war. Der einzige natürliche Mensch erwarbt und verwendet sein Einkommen, um die Bedürfnisse des täglichen Lebens zu befriedigen; die fingierte juristische Person wird begründet zwecks Verwaltung und Verzinsung eines bestimmten Vermögens. Am Ende des Jahres berechnet der einzelne Mensch dessen wirtschaftliches Ergebnis danach, in welchem Maße seine Einkünfte die Ausgaben für Bedürfnisse gedeckt haben oder nicht, er berechnet Erhöhung oder Verminderung seines Vermögens.

Die fingierten juristischen Personen, zu denen wir in diesem Sinne auch die kaufmännischen Betriebe in ihren verschiedenen Gesellschaftsformen rechnen müssen, berechnen die Verzinsung des angelegten Kapitals; das Kapital des gewerblichen Betriebes selbst ist in seinem rechnermäßigen Bestande in der Regel nicht schwankend, sondern wird nur durch einzelne zeitweilige willkürliche Maßnahmen erhöht oder vermindert. In der Besteuerung trat dieser Unterschied in einer scharfen Trennung zwischen der Kapitalbesteuerung auf der einen und in der Einkommenbesteuerung und der Ertragsbesteuerung auf der anderen Seite zutage. Ertragssteuern waren bisher Realsteuern, welche den Gewerbebetrieb und den Grundbesitz als solchen ohne Beziehung zu ihren Eigentümern heranzogen, die Einkommensteuer oder Personalsteuer traf die natürlichen Personen in der Gesamtheit ihrer Einkünfte. Einzelne juristische Personen, die Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Bergwerksbetriebe wurden zwar auch nach dem Einkommensteuergesetz zur Steuer herangezogen; es handelte sich aber dabei nur um „fingiertes Einkommen“, in Wirklichkeit war es der Ertrag des Unternehmens, nach kaufmännischen Grundsätzen berechnet, der für die Besteuerung maßgebend war.

Diese klare Unterscheidung verließen die Erbschaftsteuern. Entweder über ein Einkommen- und ein Körperschaftsteuergesetz bewahrt. Während bisher als Einkommen der natürlichen Personen nur solches, das aus bestimmten Quellen stammt (Kapital, Grundbesitz, Gewerbe, Arbeit) erfasst wurde, wird jetzt dem Einkommen mittels einer Klausula generalis alles das zugerechnet, was innerhalb eines Jahres dem Menschen an Vermögensvermehrungen zufällt (Spekulationen, Grundstücks-, Lotteriegewinn u. a.) zuzieht. Und während umgekehrt bisher bei juristischen Personen lediglich die aus Ueberlichkeiten erzielten Dividenden, Abschreibungen, Rückstellungen usw. zur Steuer herangezogen werden, soll in Zukunft die Differenz zwischen sämtlichen Einkünften und den im Betrieb getätigten Abgängen maßgebend sein. Bei den natürlichen Personen wird also der Einkommensbegriff zu dem der Vermögensvermehrung, bei den juristischen Personen der Begriff der Vermögensvermehrung zu dem des Einkommens steuerlich umgewandelt.

Der Grund dafür liegt in realen Motiven: in beiden Fällen wird das Ergebnis der Steuererhebung für den Fiskus ein erheblich größeres. Bei der Einkommensteuer der natürlichen Personen bedarf das keine Beweise; denn wenn die obengedachten, außerordentlichen Gewinne dem Einkommen hinzugezählt werden, ohne daß entsprechende Verluste in anderen Jahren in Abzug gebracht werden dürfen, so ist das bei dem stark progressiven Tarif für den betragte „Einkommen“ unter Umständen ein sehr hoher Betrag. Aber auch bei den juristischen Personen schlägt die Karte zugunsten des Herrn Erbschafts. Zwar soll bei gewerblichen Betrieben der Ertrag nach den Grundsätzen des Handelsgesetzbuches, also auf Grund der kaufmännischen Bilanz, berechnet werden. Aber daneben gilt die Bestimmung des Körperschaftsteuergesetzes, daß steuerpflichtig die Differenz zwischen Einkünften und Abgängen bleibt. Da nun nicht abzuschätzen die Beträge sind, welche zu Dividenden, außerordentlichen Abschreibungen, Rückstellungen und zur Deduktion von Vermögensverlusten verwendet werden, so werden damit die für solche Zwecke verwendeten Summen auch dann steuerpflichtig, wenn sie nicht den Ueberlichkeiten des Unternehmens, sondern anderen Quellen, vor allem also Vorträgen aus dem Vorjahr oder offenen und stillen Reserven entnommen worden sind. Was es für den Unternehmer bedeutet, in solchen Geschäftsjahren, die eigentlich mit Verlust abschließen, noch zu einer erheblichen „Einkommen“-Steuer herangezogen zu werden, bedarf keiner Begründung. Aber abgesehen davon liegt in solcher Heranziehung eine Doppelbesteuerung. Denn alle diese Beträge haben bereits in früheren Jahren, als sie in Form der aus Ueberlichkeiten bewirkten Rückstellungen herangezogen wurden, der Körperschaftsteuer oder doch der bisherigen preussischen Einkommensteuer unterlegen.

Das, was uns nach dem Aderlaß des Reichsnotepfers not tut, ist der Wiederaufbau des Kapitals im gewerblichen Leben, und zwar nicht um des einzelnen, sondern um der Allgemeinheit willen, nicht zuletzt auch um der Anwerber und Arbeiter willen. Arbeit und Kapital sind die beiden Säule, auf denen allein unser Wirtschaftsleben wieder marrieren lernen kann, und wer sich vermischt, einen dieser beiden Säule abzuschneiden oder zu verkürzen, der wird einsehen, daß dann unser Wirtschaftsleben endgültig dahinsinkt. Auch bei unseren Aktien- und anderen Gesellschaften ist in den kommenden Jahren eine vorsichtige Bilanzierungspolitik Bedingung der Gesundung. Schon das Betriebsrätegesetz mit seinem Einfluß und Einfluß der Arbeitnehmer

in die Einzelheiten dieser Politik des einzelnen Unternehmers erachtet sie in außerordentlicher Weise. Tritt dazu eine Steuererhebung, welche solche Politik in schlechten Geschäftsjahren steuerlich bestraft, so wird der Bogen überbäumt. Der Reichsrat hat in vernünftiger Weise wohl aus solchen Erwägungen heraus den erhöhten Steuerart, welcher den Entwurf des Körperschaftsteuergesetzes für „nicht verteilte Einnahmen“ vorsch, gestrichen. Aufgabe der Deutschen Nationalversammlung sollte es sein, diese Politik des Reichsrats dahin weiterzuführen, daß für gewerbliche juristische Personen und Personvereinigungen der unklare „Einkommensbegriff“ aus dem Körperschaftsteuergesetz verdrängt und durch den Begriff „der Ueberlichkeiten, die zu Dividenden, Abschreibungen, außerordentlichen Abschreibungen und Bildung von Reservefonds verwendet sind“, ersetzt wird.

Dr. Fritz Huber • Berlin,  
Geheimer Ober-Regierungsrat a. D.

Wir haben den Verfasser um Ueberlassung des Auffages gebeten, weil es uns notwendig erscheint, die Arbeiterräte mit dieser wichtigen steuerrechtlichen Frage vertraut zu machen. Eine Stellungnahme zu den letzten Abjungen dürfen wir wohl unterlassen. Für uns ist der „Wiederaufbau des Kapitals“ die Erzeugung volkswirtschaftlichen, nicht privatwirtschaftlichen Kapitals, weil dieses sich der Kontrolle der Volksgemeinschaft entzieht und die Interessen des Kapitalisten leider sehr oft gegen die Interessen der Volksgemeinschaft gerichtet sind.

## Groß-Berlin

### Der Raubmord im Trödelkeller.

Das neue Kapitalverbrechen hat durch die sofort eingeleiteten Nachforschungen der Kriminalpolizei bereits eine teilweise Aufklärung gefunden. Es gelang ihr schon zehn Stunden nach Entdeckung des Raubmordes einen der Täter zu verhaften und seinen Spießgesellen festzusetzen, so daß dessen Verhaftung ebenfalls bald erfolgen dürfte.

Nach Aufnahme des Tatbestandes durch die Nordkommission nahm Kriminalkommissar Treitin mit mehreren Beamten sofort die Verfolgung der Täter auf. Ueber diese erfahren wir nach folgende Einzelheiten:

Der Schwager des Ermordeten war, bevor noch der Mord entdeckt wurde, zwei Männern gefolgt, die aus dem Torweg des Hauses Choriner Str. 5 herabgekommen waren und dann in ein Haus der Linienstraße verschwand. Soweit der Mann aus der Ferne hatte sehen können, war es das Haus Nr. 214. Nach der Entdeckung des Mordes durchsuchte die Kriminalpolizei sofort dieses Haus, aber niemand wollte von den beiden Männern etwas gesehen haben oder wissen. In der dritten Morgenstunde wurde eine neue Durchsuchung des Hauses vorgenommen. Im vierten Stock gewann man den ersten Anhalt. Die beiden verfolgten Männer waren in der Tat in dem Hause und in der Wohnung eines jungen Ehepaars im vierten Stock gewesen. Dieses Paar hatte bei der ersten Durchsuchung von den beiden Männern nichts gesagt. Auch jetzt wollte es zunächst nichts wissen. Als aber die Beamten zu einer gründlichen Durchsuchung nach etwaigen blutbesetzten Kleidern und Wundspuren schritten, da fiel der jungen Frau und dann auch ihrem Manne ein, daß um neun Uhr abends doch in ihrer Wohnung etwas vorgegangen sei. Wie jetzt beide Eheleute erzählten, lagen sie um neun Uhr schon im Bett, als sie plötzlich zügel Schritte die Treppe herauf und dann ein wiederholtes kurzes Klopfen an der Tür hörten. Sie standen auf und öffneten. Zwei Männer stürzten eilig herein. Der eine sagte: „Ich bin Reinhard und das ist mein Freund Alex“. Ohne eine Antwort abzuwarten, liefen beide in die Küche. Einer war ohne Hut, beide ohne Ueberzieher. Sie wuschten sich Hände und Gesicht, die mit Blut besudelt waren und erklärten in eine Schlägerei verwickelt gewesen zu sein. In dem Reinhard erkannte die junge Frau einen Mann wieder, der früher einmal bei ihrer Mutter als Abmieter gewohnt hatte. Seitdem hatte sie ihn nicht wiedergesehen und auch nichts mehr von ihm gehört. Auf Grund der früheren Bekanntschaft und der Erzählung von der Schlägerei ließ der Ehepaar die beiden Männer gewähren. Nachdem sie sich geläubert hatten, erbot sich Reinhard von dem Manne einen Hut und erklärte sich bereit, jeden Preis dafür zu bezahlen. Der Mann lehnte einen Verkauf ab, ließ aber dem Reinhard einen Hut.

Kriminalkommissar Treitin vernahm die Eheleute sofort gesondert über alle Einzelheiten und ließ sie, um eine Verdunkelung vorzubeugen, nach dem Polizeipräsidium bringen. Jetzt galt es schleunigst festzusetzen, wer Reinhard eigentlich ist. Es wurde ermittelt, daß es sich um einen 20 Jahre alten, aus Berlin gebürtigen Reinhard Schneider handelt. Sein Spießgeselle Alex ist ein 24 Jahre alter, aus Rußland gebürtiger Alexander Sommerfeld, der sich in Deutschland hat naturalisieren lassen. Während des Krieges genügte er als Matrose seiner Dienstpflicht. Er arbeitete, wie sich weiter ergab, in einer Fabrik in Treptow. Als der Kommissar dort ankam, traf Alex auf keine Arbeitsstelle ein. Der Kommissar sagte ihm die Beteiligung an dem Raubmord sofort auf den Kopf zu und der völlig Ueberlebende gestand auch ein, die Tat gemeinsam mit seinem Freunde Reinhard Schneider zusammen ausgeführt zu haben. Dieser konnte den Aktänderer Koch, weil er vermutete, daß er über eine größere Geldsumme verfügte, beschließen beide gemeinsam ihn zu überfallen und des Geldes zu berauben. Er selbst nahm zu diesem Zweck einen sogenannten Totschläger mit, während Schneider einen großen Hauschlüssel als Waffe mit sich führte. Mit diesen Instrumenten fielen sie plötzlich im Laufe einer Verhandlung über den Abrechnung der, schlugen ihn nach bestiger Gegenwehr nieder und raubten ihm zunächst das bare Geld. An der weiteren Durchsuchung der Räume nach Wertlosen wurden sie durch den hinzukommenden Schwager verhindert. So ergriffen sie die Flucht und entflohen durch das Hinterzimmer des Kellerkellers am Hof. Bei einer erneuten Besichtigung des Tatortes wurde der Totschläger gefunden. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schäufers gebracht.

### Zur Abstimmung in Nordschleswig.

Die Abstimmung in der ersten Zone findet am Dienstag, den 10. Februar 1920 statt. Auf Grund des Frei-Rahrichtens, den jeder Abstimmungsberühmte gegen Angabe des ihm von Hienburg ausgebenen Gutdünkens am Fahrkartenschalter erhält und der vom 1. Februar bis zum 10. Tage nach der 2. Abstimmung gültig ist, kann der Nordmänner die Fahrplanänderungen bis innerhalb dieser Zeit benutzen. Außer diesen Jahren 23 Sonderzüge. Ueber die Fahrpläne der Sonderzüge und der Fahrplanänderungen sowie der Anfahrtszüge gibt ein Fahrplanbesitz Auskunft, das jedem Abstimmungsberühmten Anfangs Februar zugeht. Am Sonntag, den 8. Februar ist außerdem in ganz Schleswig-Dänemark nicht der Sonntag-Rahricht gültig, sondern die Züge fahren in demselben Umfang wie an Werktagen. Zum Heranbringen der Reisenden aus Deutschland nach Hamburg dient je ein Sonderzug ab Köln, Frankfurt a. M., Leipzig, der am Sonntagabend abfährt und am Sonntag morgen in Hamburg ankommt. Ab Neubrandenburg fährt ein Sonderzug am Sonntagabend nachmittags, Ankunft in Lübeck gegen Abend, ab Berlin am Sonntagabend, am Hamburg Montag früh. Die in Hamburg bzw. in Lübeck ankommenden Reisenden können am Sonntag oder Montag mit den Sonder- oder Fahrplanmäßigen Zügen weiter fahren. Unterkunft und Verpflegung wird auf Wunsch in Hamburg oder Lübeck unentgeltlich gewährt. In Hamburg, Lübeck und auch an





# Berliner Gewerkschaftskommission und 13. Januar.

Ohne sich jedoch in ein Rechtsverfahren einzulassen, haben die belgischen Kommandeure in Erfolge zu einer militärischen Debatte an das Amtsgericht Rheinberg veranlaßt, daß im Handelsregister und Grundbuch der Eintragungszustand vom 31. Juli 1914 wieder hergestellt sei, und zwar binnen einer halben Stunde nach Vorgehens dieser Order. Der Registerrichter, Gerichtsdirektor Quaegebeur, behauptete den belgischen Abgesandten darin, daß er, der Richter, nur dem Befehl unterworfen sei und nach dem Befehl die erforderliche Eintragung nur vornehmen dürfe, wenn die Einwilligung der Rheinischen Stahlwerke (oder ein die Einwilligung ersetzendes Gerichtsurteil) beigebracht werde. Er lehnte demgemäß trotz Warnungen und Drohungen des belgischen Abgesandten förmlich veränderten Beschlusses ab. Jetzt wandte sich der Belgier mit seinem „Befehl“ an den Registerführer, Rechnungsrat Beaulacq, ließ aber bei diesem auf die gleiche Standhaftigkeit und erreichte auch nichts mit dem Hinweis, daß er, der Registerführer, als Bevollmächtigter des belgischen Generals den deutschen Richter „verträte“. Angesichts dieser Mißerfolge trat der Belgier nunmehr die geforderte Eintragung eigenhändig im Handelsregister ein, wozu der Registerführer seinerseits den Vermerk hinzusetzte, daß die vorstehende Eintragung gegen den richterlichen Beschlusse vollzogen sei.

Am 13. d. Mts. wurden beide Beamte festgenommen und dem Truppenkommandeur in Erfeld vorgeführt. Sie wurden dann zwar wieder entlassen, jedoch dem Gerichtsdirektor Quaegebeur die weitere Ausübung des Richteramtes untersagt. Beide Beamte sind jetzt ferner beim belgischen Gericht wegen Ungehorsams unter Verhaftung gestellt.

Der Augenarzt Dr. Hermann aus Reunwieß ist in seiner Wohnung von einem belgischen Beamten in Verletzung eines amerikanischen Soldaten ohne Anlaß von Grünsünden verhaftet und abtransportiert worden. Man vermutet, daß diese nach dem Rheinlandkommen und dem Friedensvertrag ungesetzliche Verhaftung in Zusammenhang steht mit der militärischen Dienstleistung als Kommandanturarzt während des Krieges in Tournai.

## Nothilfe bei jedem Unglück.

Uns wird geschrieben:

Mit elementarer Wucht war Ende des alten Jahres die Wasserkatastrophe über das Stromgebiet des Rheins hereingebrochen. Die sich jetzt erheben läßt, hat sie empfindlichsten Schäden an materiellen Werten, vor allem an den so benötigten Lebensmitteln, herbeigeführt und Tausende von Familien tagelang, ja wochenlang in bitterster Not verrikt. Allein in Köln standen 700 Häuser unter Wasser, deren Inwohner schon tagelang ihre Verabreichung nicht einmal zur Beförderung der notwendigen Lebensmittel verlassen konnten. Ohne Licht, ohne Grund sah sie in menschenunwürdiger Glend dort. Wenn es ihnen aber wirklich glückte, ihr nasses Quartier auf Säcken zu verlassen, so kostete diese Befreiung Unsummen Geld. Denn Nichtswürdige hatten auch aus dieser Not ihrer Mitmenschen schnell ein Geschäft zu machen gewußt.

Als die Not auf das Höchste liegt, offenbarte sich, daß für eine freie Volksgemeinschaft notwendige Gemeinnützigkeit keineswegs vorhanden war. In Koblenz behalf man sich mit einer durch einen früheren Stabsarzt notwendig zusammengestrommelten Kompanie ehemaliger Pioniere, in Köln nahmen der Brückenkopfschiff und der eben ebenfalls eingetroffene Leiter der „Technischen Nothilfe“ die notwendigen Schutzmaßnahmen in die Hand, führten mit den bereits vorhandenen Nothelfern die Bergung aus und linderten die Not, wo sie konnten. Unterstützung der Allgemeinheit fanden sie kaum. Die Arbeitslosen — allein 4000 in Köln — blieben fern oder forderten die unerschämten Lohnsätze von 35—50 M. die Stunde für diese Arbeit im Dienste der Nächstenliebe.

In den Stadtparlamenten haben diese ungeheuerlichen, aber schmerzhaft bezeichneten Vorgänge ein kühnliches Echo hervorgerufen. Nun, nachdem der Schaden da war, forderte man bessere Vorbereitung durch eine entsprechende Organisation. In der Stadtverordnetenversammlung in Koblenz vom 31. Dezember machte sich diese Forderung in dem bezeichneten Aufsatze Luft: Ist denn die Gründung einer Technischen Nothilfe nicht möglich?

Nun, diese Organisation braucht nicht erst gegründet zu werden, sie ist da! Sie ist überall dort, wo sich hilfsbereite Menschen zum Schutze der Allgemeinheit zusammenschließen, in der Erkenntnis, daß ein mündig gewordenes Volk nicht auf fremden Schutz warten darf, sondern sich selbst helfen muß. Wer aber bis zu dieser Erkenntnis durchgedrungen ist, für den wird es zur Pflicht, den bedrängten Mitmenschen zu helfen. Denn was ist schließlich Sozialismus in der eigentlichen Bedeutung seines Wortes anders als diese Bruderliebe? So heißt alle, diese Bestimmung wahrzunehmen und zu verbreiten. Jeder selbst durch Beispiel und Tat, jetzt und nicht erst, wenn die Not bereits am höchsten steht. Dann ist die Technische Nothilfe schnell fertig. Sie wird das sein, was ihre Mitglieder aus ihr machen!

Dieser Fall gilt aber nicht nur für die Hochwassergefahr allein. In keiner Not der Mitmenschen, wo sie helfen kann, wird sich die Technische Nothilfe als „nicht zuständig“ erklären. Klare Köpfe, praktische Hände und ein Herz für das Ganze — eine solche freiwillige Organisation wird jedem Gemeinwesen der beste und sicherste Schutz für alle Nöte der schweren Zeit bieten. Wächte darum überall die notwendige Folgerung gezogen und schnell ans Werk gegangen werden, so lange es Zeit ist!

## Dänische Kollegenhilfe.

In Dänemark ist eine neue, große Hilfsorganisation errichtet worden, „Die Kollegenhilfe“, deren Zweck es ist, notleidenden Menschen im Auslande Hilfe zu leisten. Fast alle großen sozialen Vereinigungen haben sich als Teilnehmer gemeldet und ihre Mitglieder aufgerufen, Vielesgaben entweder in Geld oder in Waren beizubringen. Der Gedanke ist, daß jeder Verein durch die Vernetzung seine Gaben an die entsprechenden Vereine im Auslande schickt, und daß diese danach die Gaben den notleidenden Kollegen zuteilen.

Die Organisation besteht sowohl aus Helfern als auch aus Spendern, also aus Ingenieuren, Rechtsanwältinnen, Kaufleuten, Ärzten, Geistlichen, Schriftstellern, Journalisten, Lehrern sowie aus gewöhnlichen Arbeitern.

Was Deutschland betrifft, steht die dänische Kollegenhilfe in Verbindung mit der Deutschen Wohlfahrtsstelle und die ersten Sendungen werden in kurzem eintreffen.

## Russische Antwort.

„Gaben sollst Du mit dem Speer empfangen, Spitze gegen Spitze.“ Auf das englische Handelsangebot hin fordert Sowjetrussland Waffenstillstand, angeblich bei sonstiger Verletzung ansonstiger Entente-Handelsverträge. Zur Antwort auf Churchill's Kauland-Drohungen, gegen die das Demokratienblatt „Star“ schon protestiert, beruft Moskau die Jahre 1888—88 und 1901 ein und stellt noch ein Arbeitsjahr von 100 000 Mann auf. Witwinoß, der sich in Kopenhagen „verhaftet“ fühlt und weg will, weil ihn von ferns fests der Kriminaler zwei umkreisen, sagte dem „Daily Herald“: „Wann London?“

„Ich kann mir augenblicklich noch keine Meinung darüber bilden, welche Folgen die russische Antwortung haben wird. Wir haben bis jetzt nur ein papernes Versprechen, aber

Die in ihrer Mehrheit unabhängige Berliner Gewerkschaftskommission hat sich in einer Sitzung mit dem 13. Januar und seinen Folgen beschäftigt. Vor dieser Sitzung hat eine Ausschüttung stattgefunden, die zum Verbot der „Freiheit“ Stellung nahm. Dazu sind auch die Redakteure der „Freiheit“ zugezogen worden. Die Ausschüttung hat jedoch erklärt, daß sie die Sitzung gegen diese Zuziehung dadurch protestiert, daß sie die Sitzung verließen. Schumacher nahm in seiner Rede Anlaß, dieses Verhalten zu „brandmarken“.

Was besonders frappiert habe das Verhalten des Kollegen Link, der als Angehöriger der Kommission die Sitzung als Protokollführer gewissermaßen sabotiert habe. Da müsse doch die Meinung geäußert werden. Er als Ausschüttungsmittel wolle keinen Vorschlag machen, was geschehen solle, insofern soviel gesagt werden; wenn wir die Pressefreiheit nicht bekommen, dann müssen wir sie uns erkämpfen.

Albrecht: Wir treten für Pressefreiheit ein, insofern für ganze, nicht nur für eine bestimmte Richtung. Ueber unser Verhalten lassen wir uns keine Vorschriften machen, das Verhalten war gerechtfertigt durch die Maßnahmen der Gegenseite. Wir haben keine Parteipolitik zu treiben. Sogar die Gegenseite die Parteipolitik aus dem Spiele, dann wird sich ein leidliches Zusammenwirken ermöglichen.

Link: Im wesentlichen schließe ich mich den Ausführungen Albrechts an. Soweit wie ich als „Angehöriger“ dabei in Frage komme, sei folgendes gesagt: Gewiß, ich bin für Angehöriger. Insofern damit bin ich noch lange nicht für Dämonen. Ich mache das tun, was ich für recht und billig halte. Im übrigen halte ich mich an die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses, daß die Gewerkschaften neutral bleiben müssen, besonders wo zwei sozialistische Parteien haben.

Link (Transportarbeiter) geht in längeren Ausführungen auf die Vorgänge der letzten Zeit ein und beurteilt das Verhalten der zentralen Mehrheit im Ausschütt. — Albrecht (Buchbinder) spricht sich für energisches Vorgehen im Sinne Schumachers aus. Gang besonders heftig wendet er sich gegen das „Korrespondenzblatt“ des Gewerkschaftsbundes. — Oppmann protestiert namens der Staats- und Gemeindevorstände dagegen, daß sie nicht befragt worden sind. Sie hätten sich an der Demonstration auch beteiligt. So wie die Demonstration am 13. Januar stattgefunden habe, dürfe bei der Organisation einer Demonstration nicht wieder vorgehen werden. Bezüglich Links möchte er sagen, daß die Angehörigen der Kommission aufzuklären haben. — Bista (Metallarbeiter) kritisiert das Verbot der „Freiheit“ und fordert, mit allen Mitteln müsse versucht werden, die Pressefreiheit zu wahren. Das Verbot der „Freiheit“ muß aufgehoben werden. Außer den von Schumacher vorgebrachten Beschwerden komme noch hinzu, daß durch das Verbot Tausende von

keine Taten. Man muß immer daran denken, daß England offiziell erklärte, in Russland nicht intervenieren zu wollen, während seine Flotte Kronstadt beschießt und britische Offiziere Bomben auf russische Städte warfen. Darin, daß man Handelsgeheimnisse gründen will, sehe ich einen Verlust. Russland zu einem Beweis in seinem Wirtschaftssystem zu zwingen. Ich kann mir auch nicht denken, daß der Handel zwischen den Ländern schiefgehend verlaufen kann, wenn sie zueinander nicht gegenseitige Beziehungen haben und wenn der freie Volk- und Telegraphenverkehr unterbrochen ist. Wenn die Barrieren Entschleunigung diese Beziehungen nicht umfährt, wird sie für Russland und die ganze Welt nur geringen Nutzen haben. Die wichtigsten Handelsströme nach Zentraluropa und den früheren russischen Beziehungen sind jetzt in der Hand der neugebildeten Mandatanten. Wenn diese Staaten mit Russland Frieden schließen, wird man ihnen natürlich die Benutzung dieser Handelsströme und Häfen gestatten. Verbleibt aber die Entente dabei, die Mandatanten zur Neutralität zwingen und aufzulegen, dann bleibt die Blockade Russlands in Wirklichkeit bestehen. Es kommt auf die Schicksale der Entente an. Es kommt auf die Schicksale der Entente an. Es kommt auf die Schicksale der Entente an.

Polen schreibt Jeter und Morbis in die Welt über eine brohende Sommersoffensive. Dislets Nitgefall gering! Die Heilungsförderung Mandatantenkonferenz beschloß, ihr Verhalten zu Moskau gemäß dem der Entente einzuweichen. Man will später in Dorpat weiterziehen. Polen erklärt sich, sein Mandatant zu sein (als Rabel der Welt fühlend) und meldet Zurückziehung eines Angriffs von vier roten Divisionen auf Danaburg.

Uedrigens schickt doch auch England ein paar Tommies in die deutschen Abwehrungsgebiete, aber nur 3 Bataillone.

Die englische Admiralität gibt bekannt, daß die Abfertigung britischer Kriegsschiffe nach dem Schwarzen Meer lediglich geläube, um Flüchtlinge an Bord zu nehmen, daß aber keinerlei politische Maßnahmen damit im Zusammenhang ständen. Es sei nur eine Vorsorgemaßnahme, die durch den Vormarsch der Bolschewiki notwendig geworden sei. Es seien auch noch andere Schritte zur Entsendung von Kriegsschiffen nach Wladivostok vorbereitet worden, die dort sibirische Flüchtlinge an Bord nehmen und nach Europa überführen sollen.

## Der Wiederaufbau der Welt.

Der britischen Regierung wurde eine Denkschrift vorgelegt, die Einberufung einer Konferenz zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Weltordnung empfiehlt. Die Denkschrift ist von Aquith, Bruce, Robert Cecil und Charles als Staatsmännern und Mac Kenna, Goodenough und Saffar Smith als Finanzfachverständigen unterzeichnet. Die Forderungen sind dieselben, wie in den Denkschriften an die Vereinigten Staaten, Frankreich, Holland, Dänemark, Schweden und die Schweiz. Uebrigens wird jedoch verlangt, daß sich an die Weltkonferenz auch Japan, Deutschland, Österreich und die südamerikanischen Staaten beteiligen. Die Denkschrift legt dar, daß die Lage einiger Siegerstaaten genau so bedenklich sei, wie die der Defizitäre, und daß man nicht einzelnen Staaten helfen dürfe, sondern die Finanzen der ganzen Welt ausrichten müsse. Als wichtiger Schritt wird die sofortige Einstellung des Bankrotens, des Druckens und Erhebung von Steuern empfohlen, die das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben ausgleichen sollen. Es soll weniger verbraucht und mehr erzeugt werden. Alle Staaten müssen sich gegenseitig und wechselseitig unterstützen. Künftige Anleihen dürfen nur sehr gering sein, um den Handel zu beleben und die Armeren Länder zur Arbeit und Selbsthilfe anzuregen. Europa gehe einer kritischen Zeit entgegen, und es sei keine Zeit zu verlieren, falls eine Katastrophe vermieden werden soll.

## Irland und Ägypten.

Der Hilfskommissar der Dubliner Polizei wurde inmitten der Stadt erwischt.

In Dublin, Grafton Street, wurden die Baracken der englischen Polizei zur Nacht angegriffen. Ein Dynamitattentat mißlang. Später wurden durch Drahtjäger umgebene Unterkünfte angegriffen. Die Angreifer drangen durch die Umzäunung und eröffneten ein lebhaftes Geschwader auf die Polizisten, die es erwiderten. Verhaftungen fanden die Straßen durch gefüllte Gasmasken. Der Kampf dauerte fünf Stunden, erst dann gelang es dem Militär, die Polizisten zu befreien. Im Hofe

Arbeitern geschädigt werden, die ihre Erfahrungen zur Gründung des Rates beigegeben haben. — Fr. Schner, Brommie, C. J. K. Kaiser sprach im Sinne des ersten Redners.

Im Schlußwort geht Schumacher nochmals alles zusammenfassend auf die Reaktionen der Mitglieder der Ausschüttung ein, er wendet sich gegen Link, daß er aus der Resolution des Gewerkschaftskongresses etwas herauslese, was gar nicht dringliche Gewiß, einweisen können wir nichts unternehmen. Insofern wir werden so schnell wie möglich das Statut der Kommission ändern. Ich empfehle die Annahme der Resolution Bista mit meinem Zusatz.

Link: Bevor ich zur Abstimmung komme, gestatten Sie mir eine persönliche Bemerkung. Es mag dahingestellt bleiben, ob Schumacher aus Unwissenheit oder Unkenntnis seine Bemerkung bezüglich des Beschlusses der Gewerkschaftskommission gegen mich gemacht hat, ich erlaube ihm, sich die Resolution P. a. p. l. o. u. C. m. bis mit überwältigender Mehrheit angenommen ist, anzusehen, da wird er das finden, was ich gesagt habe.

Darauf wird folgende Resolution gegen etwa 40 Stimmen angenommen:

„Die Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission fordert von der Regierung erneut, das durch nichts gerechtfertigte Verbot der maßgebenden Arbeiterblätter aufzuheben.“

Das Verbot des Erscheinens dieser Presseorgane läßt die Tätigkeit fast aller Gewerkschaften, die unbedingt auf das Funktionieren der Arbeiterpresse angewiesen sind. Schränkt die Regierung erneut dieser Willensmeinung nicht nach, so muß die Gewerkschaftskommission die Folgen dieser Haltung ablehnen. Die Gewerkschaftskommission brüdt ihre Empörung über die tendenziöse Berichterstattung des Korrespondenzblattes aus.

Dieses Organ des Gewerkschaftsbundes, das berufen sein soll, die Interessen der gewerkschaftlichen Organisationen zu vertreten, ist verpflichtet, im Sinne der gewerkschaftlichen Betätigung zu schreiben, oder es verliert sein Anrecht darauf, als Informationsblatt der Gewerkschaften zu gelten.

Die Gewerkschaftskommission fordert aufs entschiedenste die Entlassung der aus Anlaß der Demonstration vom 13. Januar festgenommenen. Die Verhaftungen sind derzeit willkürlich erfolgt, daß es schließlich, daß nicht bestimmte Verfestungen die Ursache der Verhaftung waren, sondern man die Führer einer bestimmten Richtung treffen wollte.“

Ferner wird ein Antrag Albrecht zur Abstimmung gebracht. „Die heutige Versammlung der Gewerkschaft verurteilt entschieden das Sondervergehen eines Teiles der Berliner Ausschüttungsmittelglieder anlässlich der Vorgänge des 13. Januar.“

wurden noch drei Dynamitbomben vorgefunden, die nicht mehr zur Explosion kamen. Dertzehn Volksgenossen wurden verwundet, die Verluste der Sanktion sind unbekannt.

„Das Allgemeine Handelsblatt“ haben die Abgeordneten der britischen Arbeiterpartei, die sich augenblicklich in Irland aufhalten, die Stadt Dublin besetzt und sich die Häuser und Bureauz angeschlossen, die in Folge der Schließung der Schulen wurden. Die Polizei und das Militär wurden beschuldigt die Stadt terrorisiert zu haben. Der Schaden wird auf 6000 Pfund geschätzt.

Die irischen Gemeindevorstände haben den Anhängern der Republik im britischen Reichverband große Erfolge gebracht. Die Sinn'einer sind stark in der Minderheit — eine Lehre für andere Länder mit großmütigen Anarchisten!

In Kairo griff eine Volksmenge das Gebäude der indischen Vetralko. an, schoß auf die Wachmannschaft aus Revolvern und bewarf sie mit Steinen. Ein Versuch, das Haus anzuzünden, mißlang. Das Militär feuerte zurück. Ein Korporal und mehrere Soldaten wurden getötet, ferner eine Anzahl von Soldaten verwundet. Auch von den Angreifern blieb einer tot auf dem Blase, mehrere wurden verwundet. Ferner liegen Nachrichten von einer neuen aufrührerischen Bewegung in Unterägypten vor, die sich rasch weiter ausbreitet.

## Kleine politische Nachrichten.

Dr. Alphonse Goldschmidt („Mär-Zeitung“) sitzt wieder in Schughaft.

Reise ins besetzte Gebiet. Das preussische Kabinett, vertreten durch den Ministerpräsidenten Dirsch, den Minister des Innern Heine, den Finanzminister Sadelum, den Handelsminister Fischebe und den Wohlfahrtsminister Stegerwald, wird Anfang Februar eine Reise durch das Rheinland antreten, um sich über die augenblicklichen Verhältnisse in dem besetzten Gebiet zu unterrichten und eine möglichst enge Fühlung mit der Bevölkerung und den Behörden zu erzielen.

Der italienische Eisenbahnerstreik „Avanti“ tritt, an Bord eines Kriegsschiffes von Lizza nach Rom zu reisen. Der Streik ist in Norditalien allgemein, in Rom nur ein teilweiser, während in Süditalien der Verkehr ziemlich ungestört ist. — In Bari wurde wegen einiger Verhaftungen der Generalkriegs erklärt, an welchem fast alle Arbeiter teilnehmen. Der Streik dehnt sich auf die Provinz aus.

„Saar-Freund“ nennt sich die vom Saar-Verein herausgegebene Halbmonatsschrift (hierfür 2 M. bei der Post). Sie bringt viele Mitteilungen über das und auf 15 Jahre entziffene deutsche Saargebiet, das die Fremdderren und für ewig tauben möchte.

Weltkrieg und wirtschaftlicher Wiederaufbau. In einer interessanten, flüssig geschriebenen Broschüre nimmt der ehemalige Staatssekretär Genosse August Wüller, das Wort zu einer Darstellung des Wiederaufbaus, in dem sich voraussichtlich der Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslandes bewegen wird. In dieser Schrift „Weltkrieg und wirtschaftlicher Wiederaufbau“ (Berlin, Zentralverlag) schildert August Wüller eingehend die außerordentlichen Schwierigkeiten, die aus der durch den Krieg hervorgerufenen Wespierung vom Weltmarkt, durch unsere trostlose Finanzlage und unsere beherrschenden Gebietsverluste entstanden sind. Trotzdem dürfe man den Kopf nicht hängen lassen und müsse nach Mitteln zur Rettung Ausschau halten. In einem gewissen Maße ist es zweifellos möglich, unsere Nahrungsmittelzufuhr durch Hebung der landwirtschaftlichen Produktion im eigenen Lande zu stärken. Zugute kommt und ferner der außerordentlichen internationalen Vorkriegshunger, der auf die deutsche Industrie nicht verzielen kann. Wir müssen in Zukunft in weit höherem Maße als früher für die Ausfuhr Qualitätsprodukte hervorbringen, und hier ist es von Nutzen, daß in einem größeren Grade als bei allen anderen Völkern bei uns die Fähigkeit ausgebildet ist, wissenschaftliche und technische Ergebnisse miteinander zu verbinden. Dieses Zusammenarbeiten von Wissenschaft und Technik, diese Herstellung von Qualitätsarbeiten, wird uns in den Stand setzen, auch in der Zukunft der deutschen Industrie eine Welle zu schaffen, die es ihr ermöglichen wird, in gewissem Maße an der Wirtschaft teilzunehmen und die industriellen Ausfuhrgüter zu schaffen, die wir gebrauchen, um die fehlenden Nahrungsmittel und Rohstoffe einzutauschen. Wesentlich bleibt, daß die deutsche Arbeiterklasse und die deutsche Industrie sich in gemeinsamer Arbeit zu einem neuen Aufstieg verbinden. Wir müssen die Arbeitsfähigkeit fördern und zur Rettung unseres Vaterlandes als Selbstschutz und Eigendefensei beschleunigen lassen.

